

GETREIDE AUS DER UKRAINE

# Schweizer Agrarhändler und die Plünderungen durch Russland



Public Eye

## Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender\*innen möglich.

### Sie sind bereits Mitglied?

Herzlichen Dank!

Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken.

[publiceye.ch/geschenkabo](http://publiceye.ch/geschenkabo)

### Sie sind noch nicht Mitglied?

Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin.

[publiceye.ch/mitglieder](http://publiceye.ch/mitglieder)

### Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen?

Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo.

[publiceye.ch/schnuppern](http://publiceye.ch/schnuppern)

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

REDAKTION & PRODUKTION  
Romeo Regenass (D) und  
Ariane Bahri (F)

LAYOUT & INFOGRAFIK  
[opak.cc](http://opak.cc)

COVER  
[opak.cc](http://opak.cc)

DRUCK  
Stämpfli Kommunikation, Bern  
Rebello & PerlenValue, FSC

AUFLAGE  
D: 30 800 Ex. / F: 11 000 Ex.

ISSN  
2504-1266

KONTAKT  
Public Eye  
Dienerstrasse 12  
Postfach, 8021 Zürich

Tel. +41 (0)44 2 777 999  
[kontakt@publiceye.ch](mailto:kontakt@publiceye.ch)  
[publiceye.ch](http://publiceye.ch)

Das Public Eye Magazin erscheint sechs Mal pro Jahr in Deutsch und Französisch. Mitgliedschaft inklusive Abonnement 75 Franken pro Jahr.

SPENDENKONTO  
IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



## Für Nestlé sind nicht alle Babys gleich

Vor 50 Jahren erlebte Nestlé mit seinem Erfolgsprodukt Babymilchpulver seinen ersten grossen Skandal: «Nestlé tötet Babys». Der Lebensmittelkonzern wurde beschuldigt, Mütter in Ländern, die von Armut geprägt sind, dazu zu verleiten, von Muttermilch auf Säuglingsnahrung umzusteigen. Weil die Frauen das Pulver oft mit unsauberem, nicht abgekochtem Wasser verdünnten, verursachte das «Babykiller-Milchpulver» den Tod von Tausenden von Babys.

Dieser Skandal löste eine breite Boykottbewegung gegen Nestlé-Produkte aus und führte zur Verabschiedung eines internationalen Kodex, der jegliche Werbung für Muttermilch-Ersatzprodukte verbietet, durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Nestlé behauptet heute, «aus der Vergangenheit gelernt» zu haben und einen Schlussstrich ziehen zu wollen, «ohne zu vergessen, was geschehen ist».

Doch unsere aktuelle Recherche stellt diese Charmeoffensive infrage. Wie Sie in dieser Ausgabe lesen können, enthalten zwei der Nestlé-Marken für Baby- und Kleinkindernahrung, die in Ländern mit niedrigem Einkommen am häufigsten verkauft werden, in diesen Ländern hohe Mengen an zugesetztem Zucker. Anders in der Schweiz und in den wichtigsten europäischen Märkten: Hier verkauft Nestlé solche Produkte ohne zugesetzten Zucker. Für den Konzern gibt es offenbar zwei Kategorien von Babys.

Die von uns befragten Fachleute kritisieren die Doppelmoral des weltweiten Marktführers für Babynahrung; sie sei durch nichts zu rechtfertigen. Auch die WHO bläst in dieses Horn; sie warnt davor, dass ein früher Kontakt mit Zucker das Risiko für gesundheitliche Probleme wie Fettleibigkeit erhöht und eine lebenslange und schädliche Präferenz für zuckerhaltige Produkte schaffen kann.

Der Gipfel der Ironie: Die zwei genannten Marken für Baby- und Kleinkindernahrung – Cerelac und Nido – sind Teil eines Nestlé-Programms, dessen erklärtes Ziel es ist, 50 Millionen Kindern bis 2030 zu einem gesünderen Leben zu verhelfen. Die Marken werden in Ländern mit tieferen und mittleren Einkommen als speziell auf die Ernährungsbedürfnisse von Kleinkindern zugeschnittene Produkte beworben, obwohl sie wahre Zuckerbomben sind.

Unsere Recherche dürfte ein weiterer Dorn im Auge von Nestlé sein, sieht sich der Nahrungsmittelriese doch schon heute mit Forderungen von Aktionär\*innen konfrontiert, seine eigene Abhängigkeit von ungesunden Produkten zu verringern.

**Laurent Gaberell**, Fachverantwortlicher Landwirtschaft und Ernährung



### 04 **Russland plündert in der Ukraine Getreide; wie sind hiesige Akteure involviert?**

Seit der Invasion der Ukraine kommt es in den besetzten Gebieten des Landes zu systematischen Getreideplünderungen durch die russische Besatzungsmacht. Gemäss humanitärem Völkerrecht sind solche Plünderungen ein Kriegsverbrechen. Ein Zuger Agrarhändler steht im Verdacht, im Oktober 2023 von einer russischen Firma eine Ladung Weizen aus der Ukraine gekauft zu haben. Nun zeigen Recherchen von Public Eye, dass es sich dabei wahrscheinlich nicht um einen Einzelfall handelt.



### 18 **Zucker in der Babynahrung: Doppelmoral von Nestlé**

Die zwei führenden Marken für Nahrung für Babys und Kleinkinder, die der Nestlé-Konzern in einkommensarmen Ländern als gesund und wichtig für die Entwicklung von Kindern bewirbt, enthalten dort hohe Mengen an zugesetztem Zucker. Wie unsere exklusive Recherche zeigt, verkauft Nestlé solche Produkte in der Schweiz und in anderen westlichen Märkten ohne Zuckerzusatz.

### 30 **Die Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz überdenken**

Public Eye hat eine umfassende Analyse der Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz publiziert, die auch daraus abgeleitete Vorschläge für Massnahmen enthält.

### 36 **Wie Rohstoffhändler Gunvor in Ecuador Beamte schmierte**

Der Genfer Konzern wurde in der Schweiz und in den USA für schuldig befunden, ecuadorianische Beamte bestochen zu haben, um zwischen 2013 und 2020 Erdöl unter Marktwert zu erwerben. Ein Blick auf die in Ecuador allgegenwärtige Korruption.

### 41 **Keine Verleumdung: Public Eye gewinnt gegen Ölfirma**

Das Regionalgericht Bern-Mittelland hat die Autorinnen und den Autor eines Berichts, den Public Eye und Trial International über den Handel mit geschmuggeltem Diesel aus Libyen veröffentlicht hatten, vom Vorwurf der «üblen Nachrede oder gar Verleumdung» freigesprochen. Die Kolmar Group AG aus Zug hatte 2020 Strafanzeige erstattet.



# Wird über die Schweiz von Russland geplündertes Getreide gehandelt?

Seit der Invasion der Ukraine im Februar vor zwei Jahren kommt es in den besetzten Gebieten zu systematischen Getreideplünderungen durch die russische Besatzungsmacht. Gemäss humanitärem Völkerrecht sind solche Plünderungen ein Kriegsverbrechen. Ein Zuger Agrarhändler steht im Verdacht, im Oktober 2023 von einer russischen Firma eine Ladung ukrainischen Weizen gekauft zu haben. Recherchen von Public Eye zeigen, dass es sich dabei wohl nicht um einen Einzelfall handelt. Dies ist ein erneuter Beleg für das erhebliche politische Risiko, das mit dem Schweizer Rohstoffhandelsplatz einhergeht.

SILVIE LANG, THOMAS BRAUNSCHWEIG UND ROBERT BACHMANN

Die Ukraine gilt als Kornkammer Europas. Vor der russischen Invasion war das Land gemäss Handelsdatenbanken für knapp 10 % der globalen Weizenexporte, 13 % des weltweit exportierten Mais sowie 40 % des gehandelten Sonnenblumenöls verantwortlich. Dank seiner fruchtbaren Schwarzerde ist vor allem der Südosten der Ukraine für den Getreideanbau zentral. Ein Teil dieser Region steht bereits seit 2014 unter russischer Besatzung.

Insbesondere seit Beginn des Kriegs 2022 und der Ausweitung der besetzten Gebiete unterhält die russische Regierung ein hochorganisiertes System zur Kontrolle der dortigen landwirtschaftlichen Produktion und des Exports von Agrargütern. Zentrale Bestandteile davon sind die systematische und zum Teil gewaltsame Entwendung von Getreide sowie die Aneignung von Infrastruktur. Gemäss dem humanitären Völkerrecht erfüllen solche Aneignungen durch eine Besatzungsmacht grundsätzlich den Tatbestand der Plünderung und sind deshalb verboten.

Bereits kurz nach der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 tauchten in internationalen Medien Berichte über den Diebstahl von Getreide durch die russische Besatzungsmacht auf. Bis Anfang Mai 2022

sollen bereits mehr als 500 000 Tonnen Getreide im Wert von mehr als 100 Millionen US-Dollar von russischen Akteuren entwendet worden sein. Bis Ende 2022 waren es laut Bloomberg fast 6 Millionen Tonnen Weizen, wodurch der Ukraine Einnahmen im Wert von mindestens 1 Milliarde US-Dollar entgangen sind.

## Gut organisierte russische Plünderungen

Die russischen Besatzer eigneten sich nicht nur Ernten an, sie übernahmen auch ganze Getreidelager und landwirtschaftliche Betriebe. Zur Organisation dieser Plünderungen gründeten sie in den besetzten Gebieten eigene staatliche und kommunale Firmen – nach russischem Recht. Insbesondere in den beinahe vollständig besetzten Regionen Luhansk und Saporischschja übernahm der im Frühling 2022 neu gegründete staatliche Getreidedienstleister GZO die Kontrolle über Strassen- und Schienennetze sowie Hafenanlagen, die für Getreideexporte erforderlich sind. Die dortige Infrastruktur ist mittlerweile komplett in russischer Hand, sodass von einer umfassenden Kontrolle des Getreidehandels in den besetzten Gebieten ausgegangen werden muss. →

← Im Juli 2022 bewacht ein Soldat ein brennendes Weizenfeld in der Region Saporischschja in der Südostukraine, das von russischen Truppen zerstört wurde, um die örtlichen Landwirt\*innen an der Ernte zu hindern.

Wir verwenden für die Ortschaften in der Ukraine die Transliteration aus dem Ukrainischen anstatt der vielerorts üblichen russischen Transliteration (z. B. Odesa anstatt Odessa).



Ein russischer Soldat auf einem Militärlastwagen mit dem Buchstaben Z, der zum Symbol des russischen Militärs geworden ist, hält im Juli 2022 Wache, während Landwirt\*innen im von Russland kontrollierten Süden der Ukraine Weizen ernten. Das Foto entstand an einem Medientermin des russischen Verteidigungsministeriums.

Die staatliche russische Nachrichtenagentur Tass berichtete im Juni 2023 ganz unverhohlen über die Geschäfte von GZO. Von Januar bis März 2023 hatte das Unternehmen demnach 250 000 Tonnen Getreide aus der besetzten ukrainischen Region Saporischschja exportiert, und das vor allem in die Türkei und nach Ägypten. Für das gesamte Jahr 2023 plane GZO, über 1,5 Millionen Tonnen allein aus dieser Region auszuführen. Eine umfassende Analyse einer internationalen Anwaltskanzlei kommt denn auch zum Schluss, dass GZO eine zentrale Rolle bei Beschaffung, Lagerung und Transport von Getreide in den von Russland besetzten Gebieten spielt. Für diese Tätigkeit haben die USA, Grossbritannien sowie die Ukraine das Unternehmen sanktioniert.

Das geplünderte Getreide landet über verschiedene Wege auf dem Weltmarkt. Es wird einerseits auf der

Strasse oder der Schiene – oft über den Verkehrsknotenpunkt Melitopol – an die Häfen von Sewastopol oder Feodosia auf der besetzten Halbinsel Krim und von dort nach Russland oder direkt in Drittländer transportiert. Andererseits wird es über den besetzten Hafen von Mariupol nach Sewastopol oder ins russische Rostow am Don geschafft. Zusätzlich haben die russischen Besatzer den Hafen in Skadovsk (Cherson) ausgebaut, um von dort die Ausfuhr von Getreide in russische Häfen zu verstärken.

Das Ausmass dieser systematischen Plünderungen lässt sich auch aus dem Exportvolumen der Krimhäfen ablesen: Gegenüber der Zeit vor der Invasion im Februar 2022 ist die Getreideausfuhr laut Bloomberg um das 50-Fache angestiegen. Bei unseren Recherchen sind wir auf Berichte von rund 50 Schifffahrten gestossen, die

## Getreideproduktion und Exporthäfen in den besetzten Gebieten der Ukraine



Quelle: Institute for the Study of War, US Department of Agriculture.



Weil über das Getreideterminal Avlita in Sewastopol regelmässig geplündertes Getreide exportiert wird, steht die Betreiberin in der Ukraine, der EU und der Schweiz auf der Sanktionsliste.

zwischen März 2022 und Oktober 2023 dem Abtransport von ukrainischem Getreide aus diesen besetzten Häfen dienten.

In den nicht von Russland besetzten Gebieten der Ukraine hingegen versucht die russische Armee die landwirtschaftliche Produktion sowie die Infrastruktur für den Export von Agrargütern zu zerstören. Seitdem sich Russland aus der Schwarzmeer-Getreide-Initiative im Juli 2023 zurückgezogen hat, haben die russischen Bombardierungen nochmals deutlich an Heftigkeit und Häufigkeit zugenommen. Russland zog die Sicherheitsgarantien für Schiffe im nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres zurück, und das Verteidigungsministerium erklärte am 19. Juli 2023, dass alle Schiffe, die ukrainische Häfen anliefen, als potenzielle Träger militärischer Ladung betrachtet würden. Es begann zudem mit gezielten Angriffen auf zwei der drei ukrainischen Häfen, die im Rahmen der Initiative als Exportkanäle genutzt wurden: Odesa und Tschornomorsk. Dabei wurden Hafeninfr-

struktur und Getreideterminals bombardiert und geschätzte 60 000 Tonnen Getreide vernichtet.

#### **Per Verschleierung wird ukrainisches Getreide russisch**

Um die wahre Herkunft des geplünderten Getreides zu verschleiern, werden verschiedene Methoden angewendet. Das Getreide wird beispielsweise nach Russland geschafft und in dessen Schwarzmeerhäfen mit russischem Getreide vermischt. Eine andere Taktik besteht im sogenannten Schiff-zu-Schiff-Transfer: Recherchen der BBC, der Associated Press und des Investigativkollektivs Bellingcat zeigen, dass ukrainisches Getreide in Krimhäfen auf kleine russische Schiffe geladen und vor der russischen Küste, vor allem in der Meerenge von Kertsch, auf grosse Massengutfrachter umgeladen wurde.

Ein bevorzugter Ort dafür scheint ein bestimmter Ankerplatz ausserhalb des Hafens von Kavkaz zu sein. Dieser wird gemäss einem russischen Getreideexporteur bereits seit Jahren benutzt, um den Export von ukrai-



Im Juli 2022 wird im russischen Rostow am Don Getreide an Bord eines Frachtschiffs geladen. Nach Rostow am Don gelangt das geplünderte Getreide oft über den russisch besetzten Hafen von Mariupol.

schem Getreide aus der Krim zu kaschieren. Dort wird das gestohlene Getreide auch mit Getreide aus Russland vermischt, um anschliessend als russisches Getreide verkauft zu werden. Die grösseren Schiffe transportieren diese Fracht dann insbesondere nach Ägypten, Libyen, Irak, Saudi-Arabien, Syrien oder in die Türkei.

### **Geisterschiffe ohne Funksignal**

Eine beliebte Verschleierungsmethode ist zudem das Ausschalten des Funksystems AIS von Getreidefrachtern, die dann keine Positionsdaten mehr senden. Associated Press konnte mit Satellitenbildern nachweisen, dass während der ersten sechs Kriegsmonate drei Dutzend Schiffe Getreidetransporte von russisch besetzten Gebieten in die Türkei, nach Syrien, in den Libanon oder in andere Länder durchführten, bei denen das AIS zeitweise deaktiviert war.

Bellingcat konnte ebenfalls mittels Satellitenbildern zeigen, dass in den ersten zwölf Monaten des rus-

sischen Angriffskriegs während mindestens 179 Tagen Schiffe mit ausgeschaltetem AIS am Getreideterminal Avlita in Sewastopol angedockt hatten. Damit sollte die Verladung von gestohlenem Getreide vertuscht werden.

Die systematische Entwendung von Getreide folgt einem umfassenden russischen Plan. Der Ukraine sollen wichtige Exporteinnahmen entzogen werden, und die für viele importabhängige Länder im Nahen und Mittleren Osten, in Teilen Afrikas sowie Asiens lebenswichtige Nahrungsquelle soll zu einer Kriegswaffe werden. Das dreiteilige System der Plünderung umfasst

- die Kontrolle über die Getreidelagerung sowie die Strassen-, Schienen- und Hafeninfrastruktur;
- den Transport aus den besetzten Gebieten innerhalb der Ukraine und dann grenzüberschreitend nach Russland oder in andere Länder – wobei der Ursprung des Getreides möglichst vertuscht wird;
- die Zerstörung von Getreideinfrastruktur und Häfen der Ukraine.

→



Es gibt einen klaren völkerrechtlichen Rahmen, der die gewaltsame Aneignung von Eigentum der Bevölkerung besetzter Gebiete durch eine Invasions- oder Eroberungsarmee als Plünderung einstuft und bis auf wenige Ausnahmen verbietet.

### **Plünderungen sind Kriegsverbrechen**

In internationalen bewaffneten Konflikten wie im Falle des Kriegs in der Ukraine kommt das humanitäre Völkerrecht zur Anwendung. Dieses stuft Plünderungen als Kriegsverbrechen ein. Auch im Römer Statut, dem Gründungsdokument des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, wird Plünderung als Kriegsverbrechen in internationalen bewaffneten Konflikten aufgeführt. Bereits die Haager Landkriegsordnung von 1907 verbietet Plünderung unter allen Umständen, ebenso die Vierte Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten. Mit der Ratifizierung und Umsetzung des Römer Statuts durch die Schweiz wurde das Kriegsverbrechen der Plünderung auch ins Schweizerische Strafgesetzbuch aufgenommen.

Gemäss Einschätzung der Völkerrechtsexpertin Nina Burri ist die Ausbeutung natürlicher Ressourcen in besetzten Gebieten mit wenigen, ganz spezifischen Ausnahmen nicht zulässig. Besonders dann nicht, wenn einerseits dem «Eigentumsübergang» nicht zugestimmt worden ist oder dieser durch Zwang zustande gekommen oder mit Nachteilen für die Eigner\*innen verbunden ist. Und andererseits, wenn der Erlös daraus nicht ausschliesslich der örtlichen Bevölkerung zugutekommt. Dazu hält die Kanzlei Global Rights Compliance fest, dass Russland mit dem Erlös aus den Exporten des geplünderten ukrainischen Getreides seine eigenen Kriegsanstrengungen finanzieren will – ihn also nicht zugunsten der lokalen Bevölkerung einsetzt.

Dabei ist laut Burri besonders zu beachten, dass «die Gründung von «legalen» Unternehmen eigens für die Durchführung dieser Transaktionen sowie der Erlass von Konzessionen oder Gesetzen der russischen Besatzungsmacht die Plünderung gemäss Rechtsprechung nicht legalisieren können». Auch die Nutzung von Eisenbahn und Häfen zur Ausfuhr des unrechtmässig erworbenen Getreides kann gemäss Global Rights Compliance ein Verstoss gegen das Völkergewohnheitsrecht sein, also die von Staaten allgemein anerkannten Vorstellungen rechtlicher Normen, die unabhängig vom vertraglichen Völkerrecht existieren und gelten.

Wichtig für die Beurteilung einer allfälligen Mitverantwortung von Unternehmen an Plünderungen ist

die Tatsache, dass auch die indirekte Aneignung einen Plünderungstatbestand darstellen kann. So muss ein Unternehmen nicht an der ursprünglich unrechtmässigen Aneignung beteiligt gewesen sein, der Kauf geplündelter Güter kann unter Umständen für eine Tatbeteiligung genügen, wie das Standardwerk «Corporate War Crimes: Prosecuting the Pillage of Natural Resources» der Open Society Justice Initiative festhält. Darin sind über zwei Dutzend Gerichtsfälle aufgeführt, in denen in der Vergangenheit Unternehmen beziehungsweise deren Vertreter verurteilt wurden, weil sie während eines Kriegs geplünderte Güter entgegengenommen hatten.

---

### **Die Sanktionen der EU und der Schweiz gegen Russland bieten in ihrer aktuellen Form kaum eine Handhabe gegen den Transithandel mit Rohstoffen aus Plünderungen.**

---

In einem Meinungsbeitrag von «Le Temps» erklärte der Schweizer Bundesanwalt Stefan Blättler im Juli 2022, dass Straftaten weit entfernt von einem aktuellen Konflikt begangen werden und dennoch in direktem Zusammenhang mit diesem stehen können. Er wies dabei auf den Tatbestand der Plünderung hin und betonte, dass «die Vermarktung von geplünderten Rohstoffen ein Kriegsverbrechen darstellen könnte». Weiter meinte er, dass die Bundesanwaltschaft die hiesige Rechtsprechung vorantreiben wolle und diesbezüglich bereits Strafverfahren eröffnet worden seien.

### **Handel mit geplündertem Getreide nicht sanktioniert**

Als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die EU Sanktionen verhängt, welche die Schweiz übernommen hat. Diese umfassen zwar auch ein Verbot des Imports von Waren aus den besetzten Gebieten, die kein ukrainisches Herkunftszertifikat aufweisen. Sie bieten jedoch in ihrer aktuellen Form kaum eine Handhabe gegen den Transithandel mit geplünderten Rohstoffen. Da die von Schweizer Agrarhändlern gehandelten Rohstoffe – ob ukrainisch, russisch oder anderer Herkunft – so gut wie nie Schweizer Boden berühren, sondern für Drittländer bestimmt sind, werden diese Geschäfte von der Sanktionsverordnung nicht erfasst.

Gemäss Völkerrechtsexpertin Burri sind Geschäftstätigkeiten im Umfeld eines bewaffneten Konflikts aber per se heikel beziehungsweise sie bedürfen einer besonderen unternehmerischen Sorgfalt. Deshalb ist beim Handel mit Getreide aus der Schwarzmeerregion spezielle Vorsicht geboten. Die involvierten Händler müssen auf die üblichen Warnsignale im Hinblick auf

---

← Durch russischen Beschuss wurde ein Getreidesilo im Donbas so sehr zerstört, dass nur noch Ruinen zu sehen sind.



© Konstantin Mihajchevskiy/Sputnik/mago

Blick auf die Krimbrücke in der Meerenge von Kertsch: In Krimhäfen wird ukrainisches Getreide oft auf kleine russische Schiffe geladen und vor der Küste auf grosse russische Massengutfrachter umgeladen.

den Handel mit potenziell geplünderten Gütern achten. Dazu zählen die Zahlung eines Preises, der weit unter dem Marktwert liegt, eine heimliche Kaufabwicklung oder andere Verdachtsmomente wie die Verwendung von sanktionierten Transportmitteln und Hafenterminals oder der Kauf bei neu gegründeten Unternehmen.

Spezielles Augenmerk muss dabei den von einer Kriegspartei oder der Besatzungsmacht kontrollierten Geschäftspartnern gelten. Dies, um sicherzustellen, dass Unternehmen keine der Konfliktparteien direkt oder indirekt beliefern, sie finanzieren oder ihnen wesentliche Produkte oder Dienstleistungen über ihre Lieferketten bereitstellen.

#### **Erhöhte Sorgfaltsprüfung unerlässlich**

Gemäss den UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte müssen Unternehmen grundsätzlich sicherstellen, dass ihre Tätigkeiten die Menschenrechte und die Umwelt nicht verletzen. Dies gilt insbesondere bei Geschäften in Konfliktgebieten oder in Ländern, die mit Sanktionen belegt sind. Dafür gibt es spezifische Leitlinien wie den UNO-Guide «Heightened Human Rights Due Di-

ligence for Business in Conflict-Affected Contexts». Darin heisst es etwa, dass Unternehmen vermeiden müssen, die Ausbeutung von Ressourcen zu verursachen, dazu beizutragen oder damit direkt in Verbindung zu stehen, wenn diese «nicht zum Nutzen und ohne Zustimmung der örtlichen Bevölkerung» erfolgt oder dadurch die Besatzungsmacht in dem besetzten Gebiet unterstützt wird.

Die umfangreiche Berichterstattung über die systematischen russischen Getreideplünderungen in der Ukraine müsste Agrarhändlern bekannt sein. Entsprechend müssten sie eine verstärkte Sorgfaltsprüfung durchführen. Tun sie dies nicht oder nur ungenügend, stellt dies ein erhebliches Risiko für den hiesigen Rohstoffhandelsplatz dar – eine zentrale Drehscheibe für den Handel mit Getreide aus der Schwarzmeerregion.

Der Getreidehandel aus der Schwarzmeerregion ist von international tätigen Handelshäusern geprägt, seit dem Krieg in der Ukraine aber auch zunehmend von russischen Unternehmen. Die global bedeutendsten Agrarhändler Archer Daniels Midland (ADM), Bunge, Cargill und Louis Dreyfus Company (LDC) genauso wie Cofco International,



Ein Kipplaster entlädt im August 2022 Getreide in einem Speicher in einem Dorf im Osten von Kyjiw (Kiew). Nach Kriegsbeginn waren Millionen Tonnen Getreide in der Ukraine blockiert, weil kein Export möglich war.

Olam oder die Export Trading Group (ETG) handeln mit Weizen, Mais, Sonnenblumenöl oder Dünger aus Russland und der Ukraine. Diese Geschäfte laufen meist über ihre Schweizer Niederlassungen. Hinzu kommen kleinere Händler wie die Genfer Sierentz oder die Zuger Vivalon, die sich auf den Getreidehandel aus der Region spezialisiert hat.

#### **Schweiz auch bei russischen Händlern beliebt**

Aber auch viele russische Händler betreiben Niederlassungen in der Schweiz:

- Aston, einer der grössten russischen Getreidehändler, verfügt über deren zwei in Lausanne, darunter die für den internationalen Vertrieb zuständige Aston Agro-Industrial. Zudem betreibt Aston ein Joint Venture im Bereich der Maisverarbeitung mit dem weltweit zweitgrössten Agrarhändler ADM, seinerseits auch in der Waadt angesiedelt.
- Ein anderer russischer Agrogigant, die Steppe Agroholding, hat ihren internationalen Handelsarm Steppe Trading ebenfalls in Lausanne. Der aktuelle Stand ihres Joint Ventures RZ Agro mit dem Schwei-

zer Händler LDC, das in Russland auf eigenem Land Getreide anbaut, ist unklar. LDC wollte sich auf Anfrage nicht dazu äussern.

- Die zur Hälfte in russischem Staatsbesitz befindliche United Grain Company (OZK), die in den Transport von ukrainischem Getreide in den besetzten Gebieten involviert sein soll, liess ihren internationalen Handel ebenfalls über die Schweiz laufen. Ihre in Lausanne registrierte Grainexport SA wurde gemäss einem Auditbericht von 2023 zwar inzwischen abgestossen und die entsprechende OZK-Website ist nur noch via Webarchiv zu finden. Grainexport ist jedoch weiterhin in Lausanne registriert und wird unter anderem von zwei russischen Staatsbürgern geführt.

Der Schweizer Rohstoffplatz ist für das russische Getreidegeschäft also nach wie vor relevant. In welchem Umfang sich dieses bewegt und wie die Schweizer Händler darin mitmischen, ist jedoch nicht vollends klar. Einige Firmen haben im Frühling 2022 kurzerhand diverse Angaben zu ihren russischen Aktivitäten von ihren Web-

sites gelöscht. Andere veröffentlichen von vornherein nichts, wie etwa die Genfer Sierentz, deren Internetauftritt aus einer einzigen Seite besteht.

Alle oben erwähnten Händler haben wir im Dezember 2023 beziehungsweise Januar 2024 kontaktiert. Acht der neun angefragten Händler wollten sich nicht zu Aktivitäten oder Wertanlagen in Russland äussern. Wie die meisten anderen, liess auch Sierentz unsere Anfrage unbeantwortet. Obwohl wir dem Rezeptionisten in deren Genfer Büro unsere Visitenkarte mit der Bitte um Kontaktaufnahme persönlich in die Hand drückten, reagierte das Unternehmen nicht.

Zu Beginn des Kriegs hatten einige Händler ihre Investitionen in Russland (vorübergehend) auf Eis gelegt. Ganz aus dem russischen Geschäft zurückziehen wollte sich aber niemand, denn Russland sei als grösster Weizenexporteur zu relevant für die globale Ernährungssicherheit. Der russische Staat versuchte derweil, seine Kontrolle über den eigenen Getreideexport zu vergrössern und erschwerte es ausländischen Unternehmen zunehmend, die für die Ausfuhr des eigenen Getreides erforderlichen Papiere zu erhalten. Zudem drohte die russische Regierung damit, ausländische Niederlassungen zu verstaatlichen, sollten die Unternehmen nicht bereit sein, diese (oft unter Wert) zu verkaufen.

### Teilausstieg aus russischem Geschäft

So wurden globale Händler wie Cargill oder LDC gezwungen, sich schrittweise aus dem physischen Geschäft in Russland zurückzuziehen. Gemäss eigenen Angaben stellten sie die eigene Beschaffung von Getreide sowie die Lagerung oder das Verladen in Russland im Juli 2023 ein. Auch den Verkauf ihrer logistischen Anlagen vor Ort wollten sie prüfen. Ob dies inzwischen geschehen ist, lässt sich jedoch nicht sagen, denn auch diesbezüglich erhielten wir von keinem Händler eine Antwort. Sicher ist: Handeln mit russischem Getreide wollen die meisten weiterhin. So bestätigte Cargill gegenüber S&P Global, dass der Konzern nach wie vor russisches Getreide kaufen und verkaufen wolle. Ein Sprecher der russischen Getreidehandelsvereinigung liess verlauten, Cargill habe sich entschieden, einen seiner Geschäftsbereiche einzustellen, aber nicht, den russischen Markt zu verlassen. Auch Exportdatenbanken legen nahe, dass Schweizer Händler weiterhin russische Agrarprodukte handeln.

Aufgrund der Systematik der Plünderungen von ukrainischem Getreide, das entweder als russisches Getreide ausgegeben oder mit diesem vermischt wird, geht mit russischen Handelsgeschäften ein erhöhtes Risiko einher. Durch ihren erzwungenen Rückzug aus Russland kontrollieren Schweizer Händler die Beschaffung, Lagerung und Verladung des Getreides nicht mehr selbst. Sie beziehen dieses vielmehr bei russischen Exporteuren, um es dann auf dem Weltmarkt weiterzuverkaufen. Um si-

cherzustellen, dass sich in den eigenen Lieferketten keine geplünderten Rohstoffe befinden, ist eine verstärkte Sorgfaltsprüfung im Handel mit Russland deshalb zwingend. Kein einziger der neun befragten Händler verfügt jedoch über öffentlich zugängliche Informationen betreffend den Handel mit Akteuren in besetzten Gebieten oder benennt gar die sehr konkreten Risiken in Zusammenhang mit den Plünderungen in der Ukraine. Auch auf Anfrage diesbezüglich wollte kaum ein Händler konkrete Aussagen zu einer verstärkten Sorgfaltsprüfung machen.

LDC und Cofco International wiesen auf Nachfrage lediglich darauf hin, dass sie die jeweiligen Gesetze einhalten und die legitime Herkunft der Rohstoffe sicherstellen würden. Cofco International erklärte zudem, dass es zwar interne Reglemente gäbe, diese aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt seien.

### Ein Zuger Rohstoffhändler scheut das Risiko nicht

Warum dieses Geschäft aktuell extrem heikel ist, zeigt exemplarisch ein Anfang 2024 erschienener Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» (NZZ). Demnach hat just die Zuger Vivalon AG vergangenen Oktober 11500 Tonnen Weizen von einer russischen Firma gekauft. Ebendiese Firma solle von der bereits oben erwähnten russischen GZO, die im russischen Handelsregister im besetzten ukrainischen Melitopol registriert ist, mit dem Export beauftragt worden sein. Dabei habe die San Cosmas, ein von den USA sanktioniertes Schiff mit ausgeschaltetem Positionssignal, in Sewastopol auf der besetzten Krim die Fracht aufgenommen und in die Türkei transportiert. Dort wurde sie laut NZZ vom türkischen Ableger von Vivalon entgegengenommen. Vivalon gab damals gegenüber der NZZ an, die eigenen Untersuchungen zur Fracht seien zu einem «unbedenklichen Ergebnis» gekommen.

---

**Die Getreidelieferung der San Cosmas war wohl nicht die einzige, welche die Zuger Vivalon aus der Schwarzmeerregion gekauft hat und bei der das russische Staatsunternehmen GZO mit Sitz in der besetzten Ukraine involviert war.**

---

Dieses Handelsgeschäft hatte das ukrainische Freiwilligenkollektiv Myrotvorets bereits im September 2023 ausführlich dokumentiert und publiziert. Pikantes Detail: Das Schiff scheint im Hafen von Sewastopol beladen worden zu sein, genauer am Avlita-Getreideterminale, dessen Betreiberin, die Avlita Stevedoring Company, in der Ukraine, in der EU und folglich auch in der Schweiz auf der Sanktionsliste steht – genau weil über das Terminal regelmässig geplündertes Getreide exportiert wird.



Das Satellitenbild zeigt das von den USA sanktionierte Schiff San Cosmas, wie es am 27. August 2023 mit ausgeschaltetem Positionssignal am Getreideterminal Avlita angedockt hat. Käuferin der Ladung mit mutmasslich geplündertem Weizen war die Zuger Rohstoffhändlerin Vivalon.

Das Geschäft mit russischem Weizen scheint für Vivalon zentral zu sein. Public Eye konnte russische Zolldaten einsehen, die zwischen Kriegsbeginn im Februar 2022 und April 2023 insgesamt knapp 40 Exporte von russischem Weizen mit Vivalon als Käuferin auflisten. Das ist nicht zwingend illegal, da der Handel mit russischem Getreide nicht sanktioniert ist – aber doch hochriskant.

Denn was die NZZ nicht schrieb: Die Getreidelieferung der San Cosmas war wohl nicht die einzige, welche die Zuger Vivalon aus der Schwarzmeerregion gekauft hat und bei der das russische Staatsunternehmen GZO mit Sitz in der besetzten Ukraine involviert war. Über die Handelsdatenbank Globalwits konnte Public Eye weitere russische Zolldeklarationen einsehen, die zeigen, dass Vivalon bereits im September 2023 vier Getreidelieferungen von einem russischen Exporteur namens Samson bezogen hatte. Als Verfrachter («shipper») sowie als Zollanmelder («declarant») ist in den Zolldaten wieder GZO aufgeführt. Ende Oktober 2023 wurde noch

ein weiteres solches Handelsgeschäft durchgeführt. Gesamtwert der fünf Ladungen: 4,8 Millionen US-Dollar.

Vivalon gibt auf Anfrage von Public Eye jedoch an, weder «Kontakt noch Transaktionen mit der unter US-Sanktionen stehenden GZO» zu haben. Zudem schreibt Vivalon, man habe als Reaktion auf den NZZ-Artikel umfassende interne Abklärungen eingeleitet. Im Bericht dazu, den Public Eye von Vivalon erhalten hat, heisst es zu besagter Fracht: «[...] eigene Analysen, kombiniert mit den Informationen aus dem NZZ-Artikel, zeigen, wenn auch nicht mit hundertprozentiger Sicherheit, dass die Möglichkeit besteht, dass es sich um gestohlene Güter handelt.»

Der Bericht habe zudem gezeigt, dass die robusten Compliance-Massnahmen in kritischen Bereichen angesichts der komplexen und unkonventionellen Risiken in Zusammenhang mit internationalem Getreidehandel ungenügend gewesen seien. Insbesondere weist Vivalon darauf hin, die Sanktionsgeschichte des Schiffs übersehen zu haben, und sich ausschliesslich auf die von an-



deren Akteuren unterbreiteten Unterlagen zu stützen, ohne die Informationen eigenständig zu überprüfen, sei als wichtige Compliance-Lücke identifiziert worden. Korrekturmassnahmen würden ergriffen, inklusive verstärkter Sorgfaltsprüfungsprozesse.

## FAZIT UND FORDERUNGEN

Die systematischen Plünderungen von Getreide in den besetzten ukrainischen Gebieten sowie der fehlende Nachweis einer verstärkten Sorgfaltsprüfung seitens Schweizer Agrarhändler verdeutlichen erneut das grosse politische Risiko, das mit den Aktivitäten des Schweizer Rohstoffhandelsplatzes einhergeht. Um dieses zu minimieren, müssen Parlament und Bundesrat einige schon länger bekannte regulatorische Lücken schliessen.

### 1. Umfassende Sorgfaltspflichten und eine Aufsichtsbehörde

Die grossen Schweizer Agrarhändler bleiben allesamt den Beweis schuldig, dass sie über eine verstärkte Sorgfaltsprüfung verfügen, um sicherzustellen, dass keine geplünderten Rohstoffe in ihre Lieferketten gelangen. Die geltenden gesetzlichen Vorschriften bezüglich menschenrechtlicher Sorgfaltsprüfung sind im internationalen Vergleich schwach und lückenhaft. Die Schweiz muss deshalb diesbezüglich eine umfassende Gesetzgebung einführen, wie die EU dies im Dezember 2023 beschlossen hat.

Public Eye fordert zudem seit zehn Jahren einen spezifisch auf den Schweizer Rohstoffsektor ausgerichteten Rechtsrahmen und eine unabhängige Aufsichtsbehörde, die dessen Umsetzung kontrolliert. Eine solche Rohstoffmarktaufsicht müsste neben der Durchsetzung von Sorgfaltspflichten zum Schutz von Menschenrechten und Umwelt auch das Inverkehrbringen von illegalen, also aus Verbrechen stammenden oder verbrecherisch erworbenen Rohstoffen, verhindern und Verstösse sanktionieren.

### 2. Ausweitung der Sanktionen

Die Schweizer Sanktionsbestimmungen bieten aktuell keine Handhabe gegen den Handel mit geplünderten Rohstoffen aus der Ukraine, da sie Transithandelsgeschäfte von Schweizer Unternehmen nicht erfassen. Doch genau dieser Transithandel ist das Kerngeschäft der Schweizer Händler. Um zu verhindern, dass Schweizer Unternehmen – wissentlich oder nicht – mit gestohlenen Rohstoffen handeln, muss die Ukraine-Verordnung in diesem zentralen Punkt zwingend auf den Transithandel ausgeweitet werden.

Zudem sollten konsequent all jene Unternehmen sowie Individuen sanktioniert werden, die nachweislich an der unrechtmässigen Aneignung von Rohstoffen und/oder Infrastruktur sowie der Ausfuhr von geplünderten Rohstoffen aus der Ukraine beteiligt waren oder sind. Gemessen an der geopolitischen Bedeutung als wohl wichtigstem Rohstoffhandelsplatz der Welt müsste die Schweiz diesbezüglich eigenständige Sanktionen erlassen oder sich zumindest bei der Europäischen Kommission dafür einsetzen, dass die EU ihre Sanktionen dahingehend ausweitet.

### 3. Strafverfolgung bei Völkerrechtsverstössen

Ausserdem muss der Handel mit geplünderten Rohstoffen für Unternehmen völkerrechtliche Konsequenzen haben. Denn kommerzielle Akteure, die an Transaktionen von geplünderten Gütern und Rohstoffen beteiligt sind, können als Mittäter einer Plünderung betrachtet werden, auch wenn sie an der ursprünglichen Aneignung im Konflikt- oder Kriegsgebiet nicht beteiligt waren. Da bei solchen Völkerrechtsverstössen das Prinzip der universellen Gerichtsbarkeit gilt, können auch die Strafverfolgungsbehörden in der Schweiz allfälligen Hinweisen nachgehen. ■



**In Deutschland:**  
**0 Gramm – kein Zuckerzusatz**



**In Südafrika:**  
**4 Gramm (= 1 Zuckerwürfel)**  
**zugewetzter Zucker pro Portion**



# Nestlé macht Babys und Kleinkinder in einkommensarmen Ländern zuckersüchtig

Die beiden führenden Babynahrungsmarken, die Nestlé in Ländern mit tiefem oder mittlerem Einkommen als gesund und wichtig für die Entwicklung von Kindern bewirbt, enthalten hohe Mengen an zugesetztem Zucker. In der Schweiz, wo Nestlé seinen Hauptsitz hat, verkauft der Konzern solche Produkte ohne Zuckerzusatz. Dies zeigt eine gemeinsame Recherche von Public Eye und dem International Baby Food Action Network, welche die Heuchelei und das irreführende Marketing des Schweizer Nahrungsmittelriesen aufzeigt.

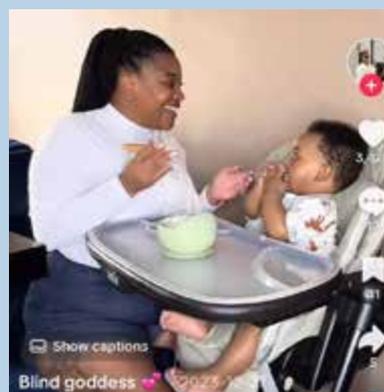
LAURENT GABERELL UND MANUEL ABEBE

**M**egan Adonis war 23, als sie aufgrund einer schweren Krankheit ihr Augenlicht verlor. Im selben Jahr erfuhr sie, dass sie ein Kind erwartete; sie machte sich Sorgen über die Schwierigkeiten, die es mit sich bringt, eine blinde Mutter in Südafrika zu sein. Mittlerweile kann sie damit gut umgehen und brachte vor kurzem ihr zweites Kind zur Welt. Die in Johannesburg lebende «blinde Göttin», wie sie sich in den sozialen Netzwerken nennt, teilt nun ihre Erfahrungen mit ihren mehr als 125 000 Abonnent\*innen.

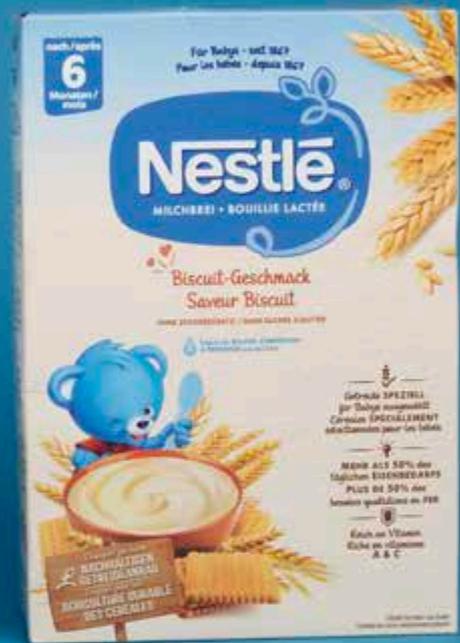
Im Dezember veröffentlichte Megan Adonis mehrere Videos auf Tiktok, in denen sie die Vorteile der Cerelac-Getreidebreie für Babys ab sechs Monaten anpries. «Wie ihr sehen könnt, habe ich ein sehr lebhaftes Baby», erzählt sie. «Als blinde Mutter ist das Füttern immer ein Abenteuer [...]. Bereiten wir nun seine Lieblingsmahlzeit

des Tages zu. Kleine Körper brauchen grosse Unterstützung, und Nestlé Cerelac ist die perfekte Ergänzung zu unseren Mahlzeiten», versichert sie in heiterem Ton – und vergisst dabei zu erwähnen, dass sie diese Empfehlung im Rahmen einer bezahlten Partnerschaft mit Nestlé abgibt.

Tausende Kilometer entfernt in Guatemala filmt ein Vater seine kleine Tochter, die voller Energie ist. «Nichts macht mich glücklicher, als ein gesundes und starkes Kind zu sehen», schwärmt Billy Saavedra, ein Reggaeton-Sänger, bekannt als Billy the Diamond. «Deshalb bevorzugen wir Nido 1+, das die Entwicklung ihrer Knochen und Muskeln sowie des Immunsystems fördert», erklärt er in einem Video, das im März 2023 auf seinem Instagram-Account mit über 550 000 Abonnent\*innen veröffentlicht wurde, um die Folgemilch von Nestlé für Kinder ab einem Jahr zu bewerben. →



Influencer\*innen wie Megan Adonis mit Sohn in Südafrika (rechts) oder Reggaeton-Sänger Billy Saavedra mit Tochter (links) sind zentrale Elemente der Marketingstrategie von Nestlé für Babynahrung.



In der Schweiz verkauft Nestlé den Milchbrei mit Biskuitgeschmack ohne Zuckerzusatz und preist dies auf der Verpackung an (rechts). In Südafrika und in Senegal enthalten die Cerelac-Produkte in der gleichen Geschmacksrichtung (links) mehr als einen Würfel zugesetzten Zucker pro Portion.

Der Einsatz von Influencer\*innen wie Meagan Adonis oder Billy Saavedra (und deren Kindern) ist ein zentraler Bestandteil der Marketingstrategie von Nestlé, um den Verkauf von Babynahrung anzukurbeln. Dieser Ansatz, der in vielen Branchen an Bedeutung gewonnen hat und auf Identifikation und Nähe setzt, ermöglicht es, ein breites Publikum zu erreichen. Aus dem Mund von Eltern, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, klingen Werbebotschaften wie gut gemeinte Ratschläge, sie werden zu vertrauenswürdigen Empfehlungen.

### Der Markt wächst ständig

50 Jahre nach dem Skandal «Nestlé tötet Babys» versichert die Firma, aus der Vergangenheit gelernt zu haben, und beteuert ihr «ungebrochenes Engagement» für eine «verantwortungsvolle Vermarktung von Muttermilchersatzprodukten». Der Nahrungsmittelriese setzt alles daran, sich als Weltmarktführer für Nahrung für Babys und Kleinkinder zu profilieren, indem er mit seinen Produkten die verschiedenen Etappen der ersten Lebensjahre eines Kindes abdeckt. Derzeit kontrolliert Nestlé 20 % des Marktes für Babynahrung, der auf fast 70 Milliarden US-Dollar geschätzt wird.

Cerelac und Nido gehören zu den meistverkauften Babynahrungsmarken des Westschweizer Konzerns in Ländern mit tiefem oder mittlerem Einkommen.

Weltweiter Konzernumsatz in dieser Kategorie: mehr als 2,5 Milliarden US-Dollar im Jahr 2022, laut exklusiven Daten von Euromonitor, einem Marktforschungsunternehmen, das sich auf die Lebensmittelindustrie spezialisiert hat.

In seiner eigenen Kommunikation und über Dritte bewirbt Nestlé Cerelac und Nido als Marken, die Kleinkindern helfen sollen, «ein gesünderes Leben zu führen». Mit Vitaminen, Mineralien und anderen Mikronährstoffen angereichert wurden diese Produkte nach Angaben des multinationalen Konzerns speziell für die Bedürfnisse von Babys und Kleinkindern entwickelt. Sie sollen dazu beitragen, das Wachstum, das Immunsystem und die kognitive Entwicklung zu stärken.

Aber bieten diese Cerealien und Milchpulver wirklich die «bestmögliche Ernährung», wie Nestlé behauptet? Public Eye und das International Baby Food Action Network (Ibfan) wollten dies überprüfen und konzentrierten sich dabei auf eine der wichtigsten Gefahren im Bereich der Ernährung: den Zucker.

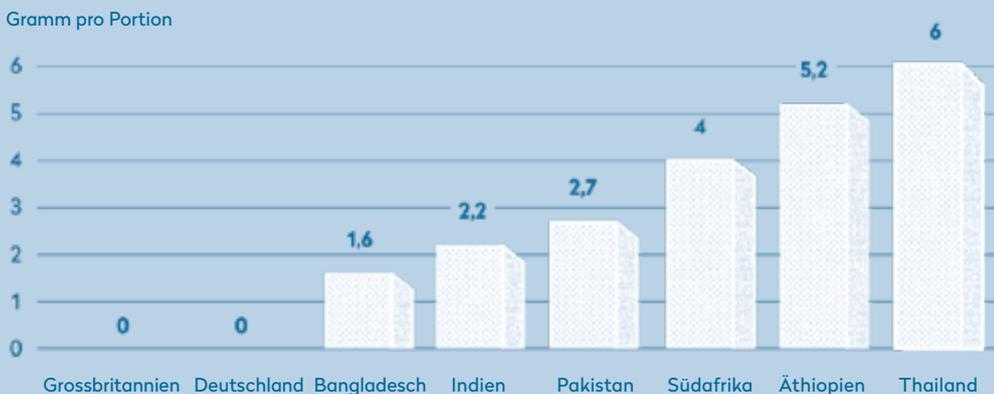
### Nicht zu rechtfertigender Doppelstandard

Achtung, Spoiler: Unsere Untersuchung zeigt, dass für Nestlé nicht alle Babys gleich sind, wenn es um zugesetzten Zucker geht. Während in der Schweiz, wo Nestlé seinen Hauptsitz hat, die wichtigsten von Nestlé vertrie-

## JE NACH MARKT OHNE ODER MIT ZUCKERZUSATZ: NESTLÉ CERELAC

Die in Grossbritannien und Deutschland verkauften Cerelac-Produkte mit Weizen enthalten keinen Zuckerzusatz. Ganz anders sieht es in Thailand aus: Dort enthält das gleiche Produkt 6 Gramm Zuckerzusatz pro Portion.

### Gehalt an zugesetztem Zucker in Cerelac auf Weizenbasis (Cerelac Wheat / Regular Wheat oder with milk)



Quellen: Nährwertangaben auf den Produkten oder Ergebnisse von Laboruntersuchungen, wenn der Gehalt an Zucker nicht deklariert ist; Analyse durch Public Eye und Ibfan.

benen Getreidebreie und Folgemilchprodukte für Babys und Kleinkinder frei von Zuckerzusatz sind, enthalten die meisten entsprechenden Produkte, die Nestlé in Ländern mit niedrigeren Einkommen verkauft, zugesetzten Zucker – oft in hohen Mengen.

Ein Beispiel: In der Schweiz bewirbt Nestlé seinen Getreidebrei «mit Biscuit-Geschmack» für sechs Monate alte Babys mit dem Hinweis «ohne Zuckerzusatz», während in Senegal oder Südafrika die Cerelac-Cerealien in der gleichen Geschmacksrichtung 6 Gramm zugesetzten Zucker pro Portion enthalten.

In Deutschland, Frankreich und Grossbritannien – Nestlés wichtigsten Märkten in Europa – sind alle von Nestlé verkauften Folgemilchprodukte für Kleinkinder von einem bis drei Jahren ebenfalls ohne Zuckerzusatz. Obwohl einige Cerealien für Kinder über einem Jahr zugesetzten Zucker enthalten, sind alle für Babys ab sechs Monaten frei davon. Der Weizenbrei für sechs Monate alte Babys der Marke Cerelac, den Nestlé in Deutschland und Grossbritannien verkauft, enthält keinen Zuckerzusatz, während das gleiche Produkt pro Portion in Südafrika 4 Gramm enthält, in Äthiopien mehr als 5 Gramm und in Thailand 6 Gramm (siehe Grafik oben).

«Solche Doppelstandards sind nicht zu rechtfertigen», kommentiert Nigel Rollins, Wissenschaftler bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO), unsere Re-

cherche. Für ihn ist die Tatsache, dass Nestlé den in der Schweiz verkauften Produkten keinen Zucker zusetzt, aber durchaus bereit ist, dies in Ländern mit geringerer Wirtschaftskraft zu tun, «sowohl aus ethischer Sicht als auch aus der Sicht der öffentlichen Gesundheit problematisch». Rollins meint, dass Hersteller versuchen würden, Kinder frühzeitig an einen bestimmten Zuckergehalt zu gewöhnen, damit sie später ihre Produkte oder andere Produkte mit hohem Zuckergehalt bevorzugen. Aus seiner Sicht ist das «völlig unangebracht».

#### Dem versteckten Zucker auf der Spur

In den Nährwertangaben auf den Verpackungen dieser Art von Produkten wird der Gehalt an zugesetztem Zucker häufig nicht einmal offengelegt. In den meisten Ländern, einschliesslich der Schweiz, sind Hersteller lediglich verpflichtet, die Gesamtmenge an Zucker zu deklarieren, was auch den in Milch oder Früchten natürlich vorkommenden Zucker einschliesst, der nicht als gesundheitsschädlich gilt.

Während Nestlé gerne über die in seinen Produkten enthaltenen Vitamine, Mineralien und anderen Nährstoffe informiert, ist der Konzern wenig transparent, wenn es um den Zuckerzusatz geht. Um diesen «versteckten Zucker» aufzudecken, haben wir Cerelac- und Nido-Produkte aus vielen Ländern zusammengetragen,

## IM DURCHSCHNITT EIN ZUCKERWÜRFEL PRO EMPFOHLENE PORTION

In den Ländern, in denen wir das gesamte Cerelac-Sortiment analysieren konnten, entsprechen die dargestellten Werte dem durchschnittlichen Gehalt an zugesetztem Zucker in allen Produkten. In den mit Stern gekennzeichneten Fällen konnten wir nur ein Produkt analysieren; der dargestellte Wert entspricht dem Gehalt an zugesetztem Zucker in diesem einen Produkt. Im Durchschnitt enthalten die geprüften Produkte einen Zuckerwürfel (4 Gramm) pro Portion.

### Zugesetzter Zucker in Cerelac-Kindercerealien in den grössten Absatzmärkten

| Land        | Deklaration des Zuckerzusatzes auf Verpackung | Zahl der Produkte mit Zuckerzusatz (sofern verfügbar) | Zuckerzusatz pro empfohlene Portion (in Gramm) |
|-------------|---|---|--|
| Philippinen | Nein  | 5 von 8   | 7,3*   |
| Nigeria     | Nein  | –   | 6,8*   |
| Senegal     | Nein  | –   | 5,9*   |
| Vietnam     | Nein  | 7 von 7   | 5,4*   |
| Äthiopien   | Nein  | –   | 5,2*   |
| Südafrika   | Ja  | 9 von 9   | 4,2  |
| Indonesien  | Ja  | 13 von 13   | 3,8  |
| Bangladesch | Ja  | 9 von 9   | 3,3  |
| Thailand    | Ja  | 5 von 6   | 3,2  |
| Brasilien   | Nein  | 6 von 8   | 3,0  |
| Indien      | Ja  | 15 von 15   | 2,7  |
| Pakistan    | Nein  | 8 von 9   | 2,7*   |

Quellen: Nährwertangaben auf den Produkten oder Ergebnisse von Laboruntersuchungen, wenn der Gehalt an Zucker nicht deklariert ist; Analyse durch Public Eye und Ibfan.



um ihre Verpackungsangaben zu prüfen und sie teilweise von einem spezialisierten Labor untersuchen zu lassen.

Die Sache erwies sich jedoch als komplizierter als erwartet: Mehrere Labors in der Schweiz weigerten sich, den Zucker in den Nestlé-Produkten zu analysieren. Eines schrieb uns sogar, dass es nicht an dem Projekt teilnehmen könne, da sich die Ergebnisse «potenziell negativ» auf dessen Bestandskunden auswirken könnten. Angesichts der Absagen wandten wir uns an ein Labor in Belgien. Die Ergebnisse sind aufschlussreich.

#### Ein Zuckerwürfel pro Portion

Cerelac ist weltweit Spitzenreiter auf dem Markt für Babycerealien; 2022 setzte Nestlé damit gemäss den Daten von Euromonitor über 1 Milliarde US-Dollar um. Wir untersuchten 115 Produkte, die in den Hauptmärkten von Nestlé in Afrika, Asien und Lateinamerika vertrieben werden. Nicht weniger als 108 dieser Produkte (94 %) enthalten Zuckerzusatz.

Bei 67 dieser Produkte konnten wir die Menge des zugesetzten Zuckers bestimmen – entweder auf-

grund der Deklaration auf der Verpackung oder aufgrund einer eigenen Analyse im Labor (siehe Grafik oben). Im Durchschnitt sind es fast 4 Gramm pro Portion, was etwa einem Zuckerwürfel entspricht. Die höchste Menge – 7,3 Gramm pro Portion – wurde in einem Produkt gefunden, das auf den Philippinen verkauft wurde und für sechs Monate alte Säuglinge bestimmt ist.

In Indien, wo Nestlé 2022 einen Umsatz von über 250 Millionen US-Dollar mit Cerelac machte, enthalten alle Cerelac-Cerealien für Babys zugesetzten Zucker – im Durchschnitt knapp 3 Gramm pro Portion. Mit 4 oder mehr Gramm Zuckerzusatz pro Portion ist die Situation in Südafrika, dem grössten Markt für Cerelac-Produkte auf dem afrikanischen Kontinent, noch etwas beunruhigender. Und in Brasilien, dem zweitgrössten Markt weltweit mit einem Umsatz von rund 150 Millionen US-Dollar im Jahr 2022, enthalten drei Viertel der Cerealien für Säuglinge der Marke Cerelac (dort unter dem Namen Mucilon vertrieben) Zuckerzusatz, durchschnittlich 3 Gramm pro Portion.

«Dies ist äusserst besorgniserregend», erklärt Rodrigo Vianna, Epidemiologe und Professor an der Ab-



Im Rahmen dieser Recherche hat Public Eye Cerelac- und Nido-Produkte für Babys und Kleinkinder von Nestlé aus der ganzen Welt eingekauft. Anders als in der Schweiz und in anderen westlichen Märkten enthalten fast alle Produkte zugesetzten Zucker.

teilung für Ernährung der Universität des brasilianischen Bundesstaats Paraíba. «Nahrungsmitteln für Babys und Kleinkinder sollte kein Zucker zugesetzt werden, da er unnötig ist und ein hohes Suchtpotenzial hat. Kinder

---

**«Nahrungsmitteln für Babys und Kleinkinder sollte kein Zucker zugesetzt werden, da er unnötig ist und ein hohes Suchtpotenzial hat.»**

Rodrigo Vianna, Epidemiologe und Professor an der Abteilung für Ernährung der Universität des brasilianischen Bundesstaats Paraíba.

---

gewöhnen sich an den süßen Geschmack und greifen nach immer süßeren Lebensmitteln, was einen negativen Kreislauf in Gang setzt, der das Risiko erhöht, im Erwachsenenalter unter ernährungsbedingten Störungen wie Fettleibigkeit und anderen chronischen Krankheiten

wie Diabetes oder Bluthochdruck zu leiden», bedauert der Experte. Obwohl weniger ausgeprägt, ist der Trend auch bei der Marke Nido, der beliebtesten Marke auf dem Markt für Folgemilch, zu beobachten. Im Jahr 2022 setzte Nestlé gemäss Daten von Euromonitor mit Nido-Produkten für Kleinkinder im Alter von einem bis drei Jahren weltweit über 1 Milliarde US-Dollar um. Wir haben 29 Nido-Produkte untersucht, die von Nestlé in einigen der wichtigsten Märkte in Ländern mit tiefen und mittleren Einkommen vertrieben werden. Das Ergebnis: 21 dieser Produkte (72 %) enthalten Zuckerzusatz.

Bei 10 dieser Produkte konnten wir die Menge des zugesetzten Zuckers bestimmen. Im Durchschnitt wurden fast 2 Gramm pro Portion gefunden. Der höchste Wert – 5,3 Gramm pro Portion – wurde in einem Produkt gefunden, das in Panama und Nicaragua im Verkauf ist.

Mit einem Umsatz von über 400 Millionen US-Dollar im Jahr 2022 ist Indonesien der weltweit grösste Markt für Nido, vor Ort als Dancow bekannt. Beide Produkte für Kinder ab einem Jahr, die Nestlé in diesem Land verkauft, enthalten Zuckerzusatz – mehr als

0,7 Gramm pro Portion. Der Konzern hat keine Hemmungen, die Produkte als «ohne Saccharose» zu kennzeichnen, obwohl sie Zuckerzusatz in Form von Honig enthalten. Sowohl Honig als auch Saccharose werden von der WHO als Zuckerarten eingestuft, die Babynahrung nicht zugesetzt werden dürfen. Nestlé selbst klärt auf der Nido-Website in Südafrika in einem Lernquiz darüber auf, dass der Ersatz von Saccharose durch Honig «keinen wissenschaftlichen Nutzen für die Gesundheit» hat, da beide zu «Gewichtszunahme oder sogar Fettleibigkeit» beitragen können.

In Brasilien, dem weltweit zweitgrößten Markt für Nido, weist Nestlé aus Sorge um die Gesundheit und die Ernährung von Kindern darauf hin, diese Produkte nicht mit Zucker anzureichern: «Idealerweise sollten diese Zutaten in der Kindheit vermieden werden, da der süsse Geschmack die spätere Vorliebe des Kindes für diese Art von Lebensmitteln beeinflussen kann», warnt der Lebensmittelriese auf der brasilianischen Website der Marke.

In vielen Ländern in Zentralamerika, in denen der Konzern Nido aggressiv über Influencer\*innen bewirbt, enthalten die Produkte für Kinder ab einem Jahr jedoch mehr als einen Würfel zugesetzten Zucker pro Portion. In

Nigeria, Senegal, Bangladesch und Südafrika – wo Nido überall zu den beliebtesten Marken gehört – enthalten alle Produkte für Kinder zwischen einem und drei Jahren zugesetzten Zucker.

«Ich verstehe nicht, warum die in Südafrika verkauften Produkte anders sein sollten als die in Ländern mit höherem Einkommen», sagt Karen Hofman, Professorin für öffentliche Gesundheit an der Universität Witwatersrand in Johannesburg und Kinderärztin. «Dies ist eine kolonialistische Praxis, die nicht toleriert werden darf», sagte sie. «Es gibt generell keinen triftigen Grund, Babynahrung Zucker hinzuzufügen», so Hofman weiter.

### Erste zwei Lebensjahre sind entscheidend

Die WHO teilt diese Ansicht und warnt seit Jahren vor dem hohen Zuckerzusatz in Babynahrung und seinen langfristigen Gefahren. «Ihre Untersuchung zeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht, um das Ernährungsumfeld von Kindern umzugestalten», so Francesco Branca, Direktor der Abteilung für Ernährung und Lebensmittelsicherheit bei der WHO, gegenüber Public Eye und Ibfan. «Zugesetzten Zucker aus Lebensmitteln für Kleinkinder zu entfernen, wäre ein wichtiges Mittel zur frühzeitigen Verhinderung von Fettleibigkeit.»



Mit Nido-Produkten dekoriertes Verkaufsstand in Nicaraguas Hauptstadt Managua.

Die WHO warnt denn auch vor der Zunahme der Fettleibigkeit, insbesondere in Ländern mit tiefen und mittleren Einkommen, wo sie «epidemische Ausmasse» erreicht und zu einer explosionsartigen Zunahme chronischer Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs und Diabetes führt. Der steigende Konsum von hochverarbeiteten Produkten, die oftmals viel Zucker enthalten, wird als einer der Hauptgründe für diese Epidemie genannt.

### Grassierende Fettleibigkeit bei Kindern

Die Allerkleinsten sind davon nicht ausgenommen: Fettleibigkeit bei Kindern hat sich in den letzten vier Jahrzehnten verzehnfacht, so die UNO-Behörde, die schätzt, dass 39 Millionen Kinder unter fünf Jahren übergewichtig oder fettleibig sind. Die grosse Mehrheit von ihnen lebt in Schwellenländern.

«Die ersten beiden Lebensjahre eines Kindes sind wesentlich, da eine optimale Ernährung in diesem Zeitraum die Morbidität und Mortalität senkt, das Risiko chronischer Krankheiten verringert und eine bessere allgemeine Entwicklung fördert», betont die WHO. Die UNO-Agentur forderte 2022, dass sämtliche Zuckerzusätze und Süsstoffe aus der Nahrung für Babys und Kinder unter drei Jahren verbannt werden. Sie forderte die Industrie auf, «proaktiv zu handeln», «die Ziele der öffentlichen Gesundheit zu unterstützen» und die Rezepturen ihrer Produkte anzupassen.

Doch Nestlé scheint sich diesen Forderungen gegenüber taub zu stellen. Zwar empfiehlt das Unternehmen öffentlich, Babynahrung mit Zuckerzusatz zu meiden, doch scheinen diese weisen Worte nicht für Länder mit tiefen und mittleren Einkommen zu gelten, wo Nestlé weiterhin wissentlich hohe Mengen an Zucker zu einigen seiner beliebtesten Produkte hinzufügt.

Auf Anfrage von Public Eye und Ibfan nimmt Nestlé nicht Stellung zum Doppelstandard beim Zuckerzusatz, der die Schweiz und andere westliche Märkte von Ländern mit tiefen und mittleren Einkommen unterscheidet. Der Konzern erklärt jedoch, er habe in den letzten zehn Jahren «die Gesamtmenge an zugesetztem Zucker im weltweiten Portfolio von Babycerealien um 11 % reduziert» und beabsichtige, sie weiter zu verringern, «ohne Kompromisse bei Qualität, Sicherheit und Geschmack einzugehen». Weiter sei Nestlé daran, Saccharose und Glukosesirup aus seinen Nido-Folgemilchprodukten zu beseitigen. Der Multi ergänzt, seine Produkte seien «vollständig konform» mit dem Codex Alimentarius und nationalen Gesetzen.

### Zu lasche Vorschriften

Obwohl es den WHO-Richtlinien widerspricht, ist der Zusatz von Zucker in Babynahrung nach den meisten nationalen Gesetzen der Länder tatsächlich weiterhin zulässig. Diese gründen auf dem Codex Alimentarius, einer

Sammlung internationaler Standards, die von einer zwischenstaatlichen Kommission mit Sitz in Rom entwickelt wurde. Das erklärte Ziel ist es, die Gesundheit der Konsument\*innen zu gewährleisten und gleichzeitig faire Praktiken im Handel mit diesen Produkten sicherzustellen. Diese Standards, die nach der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 1995 als Referenz für Handelsfragen an Bedeutung gewannen, tolerieren Zuckerzusätze in Babynahrung bis zu einem für jede Produktart festgelegten Grenzwert – bis zu 20 % in Cerealien für Kleinkinder.

Diese Codex-Standards für Babynahrung werden von der WHO scharf kritisiert und als «unangemessen» bezeichnet, insbesondere jene für Zucker, da Kinder ihre Ernährungspräferenzen früh im Leben festigen. Die UNO-Agentur fordert, dass die Standards überarbeitet und an ihre eigenen Richtlinien angepasst werden, ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Verbot zugesetzten Zuckers. Die derzeitigen Standards seien ungeeignet, um festzustellen, ob die Vermarktung eines Lebensmittels für Babys und Kleinkinder geeignet ist, so die WHO.

«Empfehlungen der WHO sind unabhängig von jeglichem Einfluss der Branche», erklärt WHO-Wissenschaftler Rollins. «Beim Codex hingegen findet eindeutig Lobbying statt: Die Zucker- und die Babynahrungsindustrie sind immer präsent, wenn Entscheidungen getroffen werden.» Tatsächlich: Obwohl die Codex-Kommission eine zwischenstaatliche Einrichtung ist, können Branchenvertreter\*innen mit Beobachterstatus oder sogar als Mitglieder der nationalen Delegationen teilnehmen. Bei einer kürzlich erfolgten Überarbeitung des Standards für Folgemilch stellten Interessenvertreter\*innen der Branche mehr als 40 % der Teilnehmenden. Für Rollins ist dies der Hauptgrund, warum die Codex-Standards – und damit auch die nationalen Gesetze – schwächer sind als die WHO-Richtlinien.

### Umstrittene Marketingpraktiken

Unsere Recherche zeigt, dass Nestlé aggressives Marketing betreibt, um Nido und Cerelac in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen zu bewerben, obwohl der Internationale Kodex der WHO die Werbung für solche Produkte verbietet. Der Kodex, 1981 nach dem Skandal «Nestlé tötet Babys» verabschiedet, untersagt die Werbung für Säuglingsanfangsnahrung, um das Stillen zu schützen. Dieses Verbot gilt auch für Folgemilch und Babynahrung, die wie Cerelac einen hohen Zuckergehalt aufweisen.

Nestlé antwortet, dass die Firma den Kodex der WHO und folgende Resolutionen der Weltgesundheitsversammlung befolge, «so wie sie weltweit von den nationalen Regierungen umgesetzt werden». Dazu ergänzt Nestlé: «Wo die lokale Gesetzgebung weniger stringent als unsere Richtlinien sind, halten wir uns an unsere strikten Richtlinien.» Tatsächlich ist die Umsetzung des Kodex in einkommensarmen Ländern jedoch meist schwach, was vor allem auf



© Nia Umar



**Desenvolvimento cerebral**

den Druck der Industrie und der Exportländer für Babynahrung zurückzuführen ist. Ausserdem berücksichtigen Nestlés Richtlinien weder Folgemilchprodukte für Kinder ab einem Jahr noch andere Babynahrung, die jedoch unter die Bestimmungen des Kodex fallen.

Darüber hinaus bewirbt Nestlé seine Cerelac- und Nido-Produkte als gesund und reich an Nährstoffen, die für die Entwicklung von Kindern wichtig sein sollen – obwohl sie zugesetzten Zucker enthalten. «Gesundheitsversprechen von Lebensmittelproduzenten sind oftmals nicht wissenschaftlich untermauert», kommentiert Rollins. «Wenn Sie ein pharmazeutisches Produkt haben, für das Sie behaupten wollen, dass es die Gehirnentwicklung von Babys oder ihr Wachstum verbessert, müssen Sie sehr hohe Anforderungen erfüllen», erklärt er. «Doch wenn es um ein Lebensmittel geht, müssen Sie diesen Standards nicht genügen.»

Angaben, die sich auf den Nährwert und die Gesundheit beziehen, «idealisieren das Produkt, suggerieren, dass es besser ist als herkömmliche Lebensmittel und verschleiern Risiken», schrieb die WHO in einem Bericht aus dem Jahr 2022, der auf die missbräuchlichen Marketingpraktiken der Industrie hinweist. Sie führen die Konsument\*innen in die Irre und gefährden so «die bei der optimalen Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern erzielten Fortschritte». Aus diesem Grund sollten solche Angaben nicht zur Werbung für die Nahrungsmittel verwendet werden, so die UNO-Agentur. Der Nestlé-Konzern hat sie dennoch zum Kern seiner Marketingstrategie für Cerelac und Nido gemacht.

#### «Intelligent aufwachsen»

«Intelligent aufwachsen»: Der Slogan ist auf riesigen Werbeplakaten im Zentrum von Jakarta und anderen grösseren Städten Indonesiens zu sehen. Er steht im Mittelpunkt der Kampagne von Nestlé, welche die lokal als Dancow verkaufte Folgemilch Nido als «Partner der Eltern für das Wachstum und die Entwicklung der Kinder» etablieren will. «Inspiriert von Mamas Liebe» und speziell formuliert, «um das Immunsystem von Kleinkindern zu unterstützen», sei Dancow «die gesündeste Wahl», wirbt Nestlé – erwähnt jedoch mit keinem Wort, dass seine Produkte Zuckerzusatz enthalten.

1. «Intelligent aufwachsen», auf Indonesisch «Tumbuh Cerdas»: Werbeplakat in Indonesiens Hauptstadt Jakarta für die mit Zucker angereicherte Folgemilch Nido, die Nestlé hier unter der Marke Dancow verkauft.

2. «Glückliche Babys lieben Cerelac»: Werbekampagne für Cerelac-Produkte in Zentral- und Westafrika.

3. In Brasilien bewirbt Nestlé Cerelac-Babycerealien (lokal als Mucilon bekannt) als reich an Nährstoffen, die zur Immunität und zur Gehirnentwicklung von Kindern beitragen.

Im letzten Jahr startete Nestlé eine Kampagne zur «Unterstützung des Potenzials von Kindern ab einem Jahr in Indonesien». Im Rahmen des Projekts gelang es dem Konzern, mehr als 2 Millionen Mütter dazu zu bewegen, «aufregende Momente» mit ihren Kindern in sozialen Netzwerken zu teilen und sie so zu unbezahlten Markenbotschafterinnen zu machen. Eine von ihnen schrieb: «Danke @dancow für die Unterstützung beim Wachstum und der Entwicklung meines Kindes.»

Die gleiche bewährte Strategie wendet Nestlé in Brasilien an, um die Vorzüge der Kleinkindercerealien der Marke Cerelac (Mucilon) anzupreisen. Die Kampagne basiert auf dem Konzept der «von Mucilon angereicherten und von den Müttern gewählten Ernährung», so Dani Ribeiro, Kreativchefin der Agentur, welche die Kampagne entwickelt hat. Sie appelliert an die Liebe der Eltern zu ihren Babys, um sie zum Kauf der Produkte zu bewegen. «Die Eltern sehen sich darin bestätigt, die richtige Wahl für ihre Kinder zu treffen», erklärt sie.

In Südafrika wirbt Nestlé unter dem Motto «Kleine Körper brauchen grosse Unterstützung» für Cerelac als Quelle von zwölf essenziellen Vitaminen und Mineralstoffen. «Seit über 150 Jahren vertrauen Generationen von Eltern auf Nestlé Cerelac, um ihr Baby mit allem zu versorgen, was es braucht», schreibt der Konzern. Dennoch enthalten alle Cerelac-Produkte, die in dem Land verkauft werden, das mit einer regelrechten Adipositas-epidemie zu kämpfen hat, hohe Mengen an Zuckerzusatz.

Solche Praktiken findet Chris Van Tulleken, Professor an der Universität London und Autor des Bestsellers «Gefährlich lecker», der die Allgegenwärtigkeit und die Auswirkungen von hochverarbeiteten Lebensmitteln untersucht, höchst beunruhigend. «Diese Produkte sind weder gesund noch notwendig und nicht vergleichbar mit echten Nahrungsmitteln. Sie sind Teil eines weltweiten Trends hin zu einer hochverarbeiteten Ernährung, die mit Gewichtszunahme und Fettleibigkeit, aber auch mit vielen anderen schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit einhergeht.»

#### Fachpersonen sollen bei Eltern Vertrauen schaffen

Nestlé sei der Pionier des «medizinischen Marketings», einer Strategie, auf welche die gesamte Branche noch heute setze, erklärt Phillip Baker, Forschungsbeauftragter an der Universität Sydney in Australien und Autor zahlreicher Studien zu diesem Thema. Zu ihren Elementen gehören der Einbezug von Gesundheitsfachleuten und die gezielte Unterstützung durch führende Wissenschaftler\*innen. Dadurch könnten sich Unternehmen als vertrauenswürdiger Partner der Eltern bei der Ernährung und Entwicklung ihrer Kinder darstellen.

Während das Hauptziel darin besteht, einen grösseren Anteil des lukrativen Marktes für Babynahrung zu gewinnen, verfolgt Nestlé ein weiteres wichtiges



Die Ernährungswissenschaftlerin Kenia Lawrence wirbt in Panama auf Instagram für Nestlé-Produkte der Marke Nido 1+; diese enthalten mehr als einen Würfel Zucker pro Portion.

Ziel: die lebenslange Bindung der Konsument\*innen an das Unternehmen. Baker spricht von einer «Marketingstrategie von der Wiege bis zur Bahre», die der Schweizer Lebensmittelgigant anwendet. «Die Idee ist, Kund\*innen schon im Babyalter anzuwerben, sie an die Marke zu binden und ihre Geschmacksvorlieben für die Produkte zu beeinflussen», erklärt der Forscher.

#### «Bildungsplattformen» in mehr als 60 Ländern

Nestlé hat «Baby and Me» geschaffen, eine «Bildungsplattform», die in mehr als 60 Ländern verfügbar ist. Sie will die gesunde Ernährung von Babys fördern und liefert «von Experten bestätigte» Informationen. Interessierte Eltern erhalten hier einen Mix von allgemeinen Informationen zu Ernährung und Elternschaft und Hinweisen auf Nestlé-Produkte.

«Parenteam», die philippinische Version des Programms, umfasst einen Eisprung- und Schwangerschaftskalender sowie einen Entbindungsterminrechner. In Südafrika können Eltern eine «Major moment checklist» herunterladen, um «in allen Aspekten der modernen Elternschaft zu gewinnen». In Mexiko gibt es einen Allergietest für Babys und in Brasilien einen Leitfaden für

die Suche nach dem perfekten Namen. Diese Websites sind voll von Ratschlägen, Hilfsmitteln und Rezepten für Eltern. Aber die Werbung für Nestlé-Produkte und die «Jetzt kaufen»-Buttons sind immer in Sichtweite.

#### Expert\*innen in weissen Kitteln

Nestlé organisiert auf den Onlinekanälen von Nido und Cerelac regelmässig Veranstaltungen oder Interviews mit Fachpersonen aus dem Gesundheitsbereich. Obwohl diese Expert\*innen meist Themen im Zusammenhang mit Kinderernährung ansprechen und nicht direkt für die Produkte werben, erscheinen die Marken Nido und Cerelac an prominenter Stelle. So wird Eltern eingeredet, dass diese Produkte von führenden Wissenschaftler\*innen empfohlen werden und dass die Gesundheits- und Ernährungsbehauptungen von Nestlé wissenschaftlich belegt sind.

In einigen Fällen werben Fachpersonen in weissen Kitteln sogar direkt für die Produkte. «Nidos spezialisiertes Ernährungssystem wurde entwickelt, um jede Entwicklungsphase Ihres Kindes zu schützen», erklärt zum Beispiel die Ernährungswissenschaftlerin Kenia Lawrence in einem Video, das in Panama auf Instagram veröffentlicht wurde. «Nido 1+ hilft, das Immunsystem durch Probiotika und Präbiotika zu schützen und zu stärken, und enthält wichtige Nährstoffe für die Entwicklung des Kindes.» Kein Wort jedoch über die eineinhalb Würfel zugesetzten Zucker in jeder Portion des angepriesenen Produkts.

Für Baker ist klar: «Durch den Einsatz von Gesundheitsexpert\*innen zur Bewerbung solcher Produkte beeinflussen Firmen die Entscheide von Eltern stark.» Ein Einfluss, der «sehr häufig schädlich» sein könne. Diese Praxis steht auch im Widerspruch zu den Leitlinien der WHO, nach denen die Branche solche Fachpersonen nicht dazu auffordern sollte, ihre Marken und Produkte zu unterstützen und zu empfehlen.

In einem kürzlich veröffentlichten Bericht kritisiert die UNO-Agentur die Marketingpraktiken der Babynahrungsindustrie zur Förderung ihrer Produkte im Internet scharf und weist auf den Einsatz verschiedener Strategien hin, die oft nicht als Werbung erkennbar sind. Dazu gehören die Nutzung von Babyclubs sowie der Einsatz von Gesundheitsfachpersonen oder von Influencer\*innen in sozialen Netzwerken wie Meagan Adonis und Billy Saavedra, die eingangs erwähnt wurden. Die WHO fordert die Industrie auf, diesen «missbräuchlichen Praktiken» ein Ende zu setzen.

Die Doppelmoral, welche die Untersuchung von Public Eye und Ibfan aufzeigt, kann durch nichts gerechtfertigt werden. Wenn Nestlé tatsächlich verantwortungsvoll handeln will, muss das Unternehmen aufhören, schon Babys und Kleinkinder auf den Geschmack von Zucker zu bringen – egal in welchem Land sie leben. ■



# Tonnage Tax: Steuerschlupfloch für Schweizer Rohstoffhändler versenkt

Bundesrat und Parlament arbeiten seit Jahren an der Einführung einer Sondersteuer für die Hochseeschifffahrt. Als Förderinstrument für den Reedereistandort getarnt, droht die Tonnage Tax zum Steuerschlupfloch für Rohstoffhändler zu werden, die riesige Flotten kontrollieren. Weil es kaum Daten zum Sektor gibt, kann der Bundesrat die Auswirkungen dieser Steuer auf das Bundesbudget nicht beziffern. Dies ist dem Ständerat nun zu heiss: Eine Mehrheit sprach sich im März gegen die Tonnage Tax aus.

SILVIE LANG UND MANUEL ABEBE

Die Schweizer Rohstoffkonzerne spielen gemäss einer Recherche von Public Eye (siehe [publiceye.ch/tonnagetax](https://publiceye.ch/tonnagetax)) in der globalen Hochseeschifffahrt eine Schlüsselrolle. Sie transportieren nicht nur eigene Rohstoffe, sondern bieten diese Logistikdienstleistung auch Drittparteien an und sind dadurch zu eigentlichen Schifffahrtsgesellschaften geworden. Mittlerweile umfasst die Flotte der Rohstoffhändler 2200 Schiffe.

Auch zahlreiche klassische Reedereien haben sich hierzulande angesiedelt, allen voran die als Kreuzfahrtgesellschaft bekannte Mediterranean Shipping Company (MSC). Die weltgrösste Containerreederei, deren Besitzerfamilie zu den fünf reichsten der Schweiz gehört, betreibt mit 800 Frachtern rund einen Fünftel der globalen Containerschiff flotte. Insgesamt steuern Schweizer Reedereien 1400 Hochseeschiffe, was den hiesigen Schifffahrtsstandort auf 3600 Schiffe wachsen lässt.

Geht es nach Bundes- sowie Nationalrat, soll der Sektor in den Genuss von Steuererleichterungen kommen. Mit der Tonnage Tax sollen Schifffahrtsunternehmen nicht wie üblich aufgrund ihres Gewinns oder Verlusts besteuert werden, sondern pauschal anhand der Ladekapazität ihrer Schiffe. Im globalen Schnitt reduziert dies die

Steuerrate der begünstigten Unternehmen auf magere 7%. Dagegen hilft auch die OECD-Mindeststeuer nicht, die seit Anfang 2024 auch in der Schweiz in Kraft ist, denn Erträge aus der Schifffahrt sind davon explizit ausgenommen.

## Erhebliche Steuerausfälle zu erwarten

Trotz potenziell hohen Steuerausfällen, die der Bundesrat nicht verlässlich schätzen kann, erachtet er die Steuer – auch auf massiven Druck der Branche – als notwendige Standortförderung. Die Ausfälle dürften aufgrund der Flottengrösse der Rohstoffhändler – und damit der Möglichkeit zu Gewinnverschiebungen auf tonnagebesteuerte Schiffe – aber erheblich sein.

Während der Bundesrat mit den veralteten und deutlich tieferen Zahlen der Reedereivereinigung rechnet, die von 900 Schiffen ausgeht, fanden die viermal höheren Zahlen von Public Eye Eingang in die ständerrätliche Debatte. Der Rat weigerte sich im März 2024, überhaupt auf die Vorlage einzutreten, was einer Ablehnung gleichkommt. Formal muss der Nationalrat, der die Steuer 2022 noch guthiess, diese ebenfalls ablehnen. Die Anzeichen verdichten sich, dass die umstrittene Subvention endgültig Schiffbruch erleiden dürfte. ■

# «Ich wünsche mir eine weniger engstirnige und egoistische Schweiz»

Ende Januar hat Public Eye eine umfassende Analyse der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik publiziert, die auch daraus abgeleitete Vorschläge für Massnahmen enthält. Nach 15 Jahren Engagement in diesem Thema und kurz vor seiner Pensionierung beleuchtete Thomas Braunschweig als Hauptverantwortlicher für den Bericht die dunklen Flecken in den Wirtschaftsbeziehungen der offiziellen Schweiz mit der Welt, erklärte, wo Public Eye Pionierarbeit leistete – und warum er einst weggeschickt wurde, als er im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) über Menschenrechte sprechen wollte.

INTERVIEW: FLORIAN BLUMER

**Thomas, seit über 15 Jahren verfolgst du für Public Eye eng die Entwicklungen in der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik. Es ist in der Regel kein Thema, das die grossen Schlagzeilen generiert. Warum ist es für Public Eye dennoch wichtig?**

Die Aussenwirtschaftspolitik umfasst alle staatlichen Massnahmen zur Steuerung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Für die Schweiz mit ihrer exportorientierten Wirtschaft ist sie von grosser Bedeutung. Sie definiert die Handelsbeziehungen der Schweiz mit dem Rest der Welt und hat damit einen direkten und starken Einfluss auf Menschenrechte und die Umwelt in den Partnerländern.

**Zuständig dafür ist der Bundesrat. Wie siehst du seine Rolle?**

Der Bundesrat sieht seine Aufgabe in erster Linie darin, die Interessen der Schweizer Wirtschaft zu vertreten. Und diese setzt er oft mit den Interessen der multinationalen Konzerne

gleich. In der eidgenössischen Bundesverfassung, Art. 54 Abs. 2, sind aber ebenso die Achtung der Menschenrechte, der Schutz der natürlichen Ressourcen und die Förderung der Demokratie als Ziele genannt, und zwar auf gleicher Ebene wie die Förderung der schweizerischen Wirtschaft.

**Hat der Bundesrat also seine Aufgabe falsch verstanden?**

Zumindest hat er ein enges, nicht mehr zeitgemässes Verständnis davon und setzt sie nur selektiv um.

**Heute gibt es aber standardmässig ein Nachhaltigkeitskapitel in den Freihandelsabkommen der Schweiz.**

Dies ist tatsächlich ein Fortschritt, den wir auch explizit anerkennen. In diesem Nachhaltigkeitskapitel werden soziale und ökologische Grundsätze festgelegt. Ausgerechnet dieses Kapitel ist jedoch – im Gegensatz zu allen anderen – nicht der Schiedsgerichtsbarkeit unterworfen. Das heisst, Verstösse können nicht sanktioniert

werden. Angesichts der multiplen Krise, in der die Menschheit heute steckt – Klimawandel, zunehmende Ungerechtigkeit, steigende Konzernmacht, Kriege mit globalen Dimensionen –, müsste in den Freihandelsverträgen jedoch nicht länger die Förderung des Wirtschaftswachstums, sondern die Nachhaltigkeit im Zentrum stehen. Es braucht dringend einen Paradigmenwechsel.

**Wo liegen denn konkret die Probleme?**

Da ist zum Beispiel das Engagement der Schweiz für einen äusserst starken Patentschutz auf Medikamente und strenge Sortenschutzgesetze – zum Wohl der Pharma und der Agri-rarkonzerne, aber auf Kosten der Ärmsten. Das Drängen auf strenge geistige Eigentumsrechte gefährdet in den Partnerländern das Recht auf Nahrung und medizinische Versorgung. Die Schweiz spielt hier eine sehr unrühmliche Rolle. Weiter haben wir systemische Probleme im Bereich der Produktion von Kon-



**Thomas Braunschweig** (\*1962) leitete bis am 31. Januar 2024 den Fachbereich Handelspolitik und war Teil des Soft-Commodities-Teams von Public Eye. Sein Arbeitsschwerpunkt lag auf dem Einbezug von Menschen- und Arbeitsrechten in die Handelspolitik und auf menschenrechtlichen Folgenabschätzungen für Handelsabkommen. Er ist unter anderem Mitautor des von Public Eye 2012 herausgegebenen Buches «Rohstoff – Das gefährlichste Geschäft der Schweiz».

sumgütern. Beispielsweise können wir auf der Grundlage bestehender Handelsverträge nicht verhindern, dass Güter aus Zwangsarbeit in der chinesischen autonomen Region Xinjiang auf dem Schweizer Markt landen. Dies ist absolut inakzeptabel. Merkwürdige Blüten treiben auch die Bemühungen unserer Regierung, durch bilaterale Abkommen die Investitionen von Schweizer Unternehmen im Ausland zu schützen: Konzerne haben das Recht, vor internationalen Gerichten zu klagen, wenn sie aufgrund von staatlichen Interventionen im öffentlichen Interesse ihre erwarteten Gewinne gefährdet sehen – Länder, welche die Rechte ihrer Bevölkerung durch die Tätigkeit einer Firma verletzt sehen, haben diese Möglichkeit nicht.

**Hat sich in den 15 Jahren, in denen du die Schweizer Aussenwirtschaftspolitik eng mitverfolgt hast, nichts zum Besseren gewendet?**

Doch, zum Glück schon. Neben der erwähnten Tatsache, dass es anfangs noch gar keine Nachhaltigkeitskapitel in den Freihandelsabkommen gab, herrschte in der Verwaltung ein ausgeprägtes Silodenken. So war mein erstes Treffen mit der damaligen Handelsdelegierten und späteren Seco-Chefin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch ein sehr ernüchterndes Erlebnis. Als ich sie auf die Menschenrechte ansprach, sagte sie mir: Wenn ich über wirtschaftspolitische Fragen diskutieren wolle, sei ich hier richtig. Gehe es jedoch um Menschenrechte, dann sei die Direktion für Völkerrecht zuständig, sie befände sich direkt gegenüber auf der anderen Strassenseite. Dieses Denken ist heute glücklicherweise grösstenteils überwunden – auch dank der Arbeit von Public Eye und anderen Organisationen, die bei der Verknüpfung der Handelspolitik mit der Einhaltung von Menschenrechten und mit Umweltanliegen Pionierarbeit geleistet haben.

**Siehst du weitere positive Entwicklungen in dieser Zeit?**

Das in der Volksabstimmung vom März 2021 nur hauchdünn angenommene Freihandelsabkommen mit Indonesien ist ein gutes Beispiel, das illustriert, dass die Schweizer Bevölkerung nicht mehr bedingungslos an die Formel glaubt: Uns geht es gut, solange es unserer Wirtschaft gut geht. Als schöner Erfolg unserer Arbeit wird mir auch in Erinnerung bleiben, dass die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats 2019 den Bundesrat ultimativ dazu aufgefordert hat, bei Freihandelsabkommen vorgängige Nachhaltigkeitsanalysen durchzuführen – nachdem Public Eye dies jahrelang gefordert und der Bundesrat sich ebenso hartnäckig dagegen gewehrt hatte. Aktuell wird die erste solche Analyse im Hinblick auf das Freihandelsabkommen mit Thailand erarbeitet, Public Eye bringt sich regelmässig mit kritischen Rückmeldungen ein. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen, aber ich bin zuversichtlich, dass wir hier einen weiteren Schritt in Richtung einer zukunftsfähigen Aussenwirtschaftspolitik machen können. Meiner Ansicht nach kommen die Verbesserungen jedoch zu langsam, zu zaghaft – und sie sind zu wenig konsequent angesichts der gegebenen Dringlichkeit.

**Unter dem Strich: Hat sich das Engagement von Public Eye in Sachen Aussenwirtschaftspolitik gelohnt?**

Ja, auf jeden Fall, und es war absolut notwendig. Public Eye ist eine der wenigen zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Schweiz, die sich seit vielen Jahren mit handelspolitischen Fragen beschäftigen und mit entsprechenden Forderungen versuchen, Menschenrechte und Umweltschutz verstärkt in die Schweizer Politik einzubringen. Es ist anzunehmen, dass wir bezüglich der erwähnten – wenn auch zögerlichen – Fortschritte nicht am selben Punkt wären, wenn sich Public Eye

hier nicht hartnäckig engagiert hätte. Wichtig ist aber zu betonen, dass wir dies immer gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen erreicht haben, mit denen wir teilweise seit vielen Jahren eng zusammenarbeiten. Die Bündelung der Kräfte ist gerade in einem bürgerlich dominierten politischen Umfeld wie in der Schweiz entscheidend. Es sind sehr dicke Bretter, die wir bohren.

**Nach so langer Zeit beherzten Engagements für Public Eye hast du zum Schluss einen Wunsch frei. Wie lautet er?**

Ich wünsche mir eine weniger engstirnige und egoistische Schweiz, die mehr an die Menschen denkt, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens geboren worden sind. Ich wünsche mir, dass die Schweiz zur Einsicht kommt, dass ihr längerfristiges Überleben von globalen Entwicklungen abhängt, zu denen sie beitragen kann und muss, weil es sonst auch für uns nicht gut enden wird. Als eines der reichsten Länder dieser Erde verfügt unser Land über die Ressourcen, mehr zu einer gerechteren und nachhaltigeren Welt beizutragen. ■

Auf den folgenden zwei Doppelseiten präsentieren wir Ihnen zwei von acht Kapiteln des Reports «Gerecht, ökologisch, zukunftsfähig: eine neue Aussenwirtschaftspolitik für die Schweiz». Den vollständigen Bericht im Umfang von 28 Seiten finden Sie online als PDF unter:

[publiceye.ch/aussenwirtschaftspolitik](http://publiceye.ch/aussenwirtschaftspolitik)



## Auszug aus dem Report

## 2 Digitaler Handel



**DAS ZIEL** In ihrer digitalen Aussenwirtschaftspolitik stellt die Schweiz Menschenrechte, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt. Sie fördert die Entwicklung von digitalen Gemeingütern, etabliert angemessene Mindestanforderungen im Datenschutz, setzt sich für faire technische Standards und den Schutz kleinerer Unternehmen und gemeinnütziger Organisationen ein und verhindert marktbeherrschende Stellungen und deren Missbrauch durch Digitalkonzerne.

### DIE AUSGANGSLAGE

Ob Musikstreaming, Clouddienste oder Anwendungen künstlicher Intelligenz (KI): Grenzüberschreitende digitale Dienstleistungen und Datenströme sind heute nicht mehr wegzudenken. Doch während die Digitalisierung unsere Wirtschaftsstruktur, unsere Arbeitsweise und unseren Alltag rapide verändert, hinkt die Politik bei ihrer Regulierung hinterher. Der Bundesrat konstatiert in seiner Strategie zur Digitalaussenpolitik nüchtern, dass grosse internationale Digitalkonzerne «den Alltag von Milliarden von Nutzerinnen und Nutzern beeinflussen», die Politik «mit diesen Entwicklungen kaum Schritt» hält und insbesondere «das internationale Regelwerk für den digitalen Raum lückenhaft» bleibt.<sup>33</sup>

Tatsächlich fehlt oft der politische Rahmen: Der Datenschutz und die Souveränität über die eigenen Daten weisen Lücken auf. Im grenzüberschreitenden Onlinehandel werden der Konsument\*innenschutz und regulatorische Standards zu oft unterlaufen. KI-Systeme monetarisieren riesige Datenmengen, ohne dass Algorithmen und Verwertungsrechte ausreichend reguliert wären. Grosse Digitalkonzerne<sup>34</sup> haben marktbeherrschende Stellungen, setzen eigene technische Standards durch und halten KMU und andere Wettbewerber klein. Viele Grosskonzerne operieren über Steueroasen und tragen im Verhältnis zu ihren Einnahmen nur wenig zur Finanzierung des Gemeinwesens bei.

Die Schweiz setzt sich in ihrer Digitalaussenpolitik zwar für bessere und einheitlichere internationale Standards ein. In der Aussenwirtschaftspolitik, und dort vor allem in bilateralen Handelsabkommen und in der WTO, liegt die Priorität hingegen auf dem freien Marktzugang für Unternehmen und der Vermeidung von Handelshürden für kommerzielle Angebote.<sup>35</sup>



### DER WEG ZUM ZIEL



#### MENSCHENRECHTE IN DER DIGITALWIRTSCHAFT

Menschenrechte in der digitalen Welt sollten in der digitalen Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz höchste Priorität haben. Der freie Zugang zu Information und Kommunikation, informationelle Selbstbestimmung<sup>36</sup>, Schutz vor Überwachung und Manipulation, Datenschutz, Meinungsfreiheit und Schutz vor Diskriminierung und Ausbeutung im Internet sind dafür zentrale Bausteine, welche die Schweiz in ihrem Hoheitsbereich durchsetzen und in internationalen Verhandlungen mit Nachdruck einfordern sollte.<sup>37</sup>

**NACHHALTIGE ENTWICKLUNG STATT  
MARKTÖFFNUNGSDRUCK**

In den WTO-Verhandlungen zum digitalen Handel sowie in bilateralen und plurilateralen Handelsabkommen ist der Erhalt von politischen Handlungsspielräumen wichtig. Statt einseitig auf Marktöffnung und Zollfreiheit zu dringen, sollte die Schweiz ihren Handelspartnern dafür die Möglichkeiten zusichern, grenzüberschreitenden digitalen Handel mit Nachhaltigkeitsanforderungen und Entwicklungszielen zu verknüpfen, z. B. mit Vorgaben für den Daten- und Technologietransfer oder den Einbezug lokaler Unternehmen. Die Handelspartner sollen nicht daran gehindert werden, ihre lokale Digitalwirtschaft und Infrastruktur zu fördern und angemessene Zölle und Steuern für digitale Produkte zu erheben. Die Schweiz sollte die Forderung vieler Partnerländer unterstützen, in der WTO zunächst die seit mehr als 20 Jahren versprochenen gerechteren Handelsregeln (Entwicklungsagenda) umzusetzen, bevor neue Verhandlungen über die Marktöffnung für den digitalen Handel aufgenommen werden.

**DIGITALE GEMEINGÜTER FÖRDERN  
(DIGITAL COMMONS)**

In ihrer digitalen Aussenwirtschaftspolitik sollte die Schweiz nicht nur auf die kommerzielle Digitalwirtschaft fokussieren, sondern verstärkt auch digitale Systeme und Angebote fördern, die nicht kommerziell oder nicht proprietär ausgerichtet sind. Digitale Bibliotheken und Bildungsangebote, freie Software und freie Datenbanken, offene Quellcodes, Algorithmen und KI-Modelle und Programmiersprachen sowie nicht kommerzielle und offene soziale und technische Netzwerke stellen wertvolle öffentliche Gemeingüter (Commons) dar. Sie sorgen dafür, dass die Vorteile der Digitalisierung breit geteilt werden, wovon wiederum auch gewinnorientierte Unternehmen profitieren können.<sup>38</sup> Die Schweiz sollte daher internationale Kooperationen und öffentliche Investitionen in offene, allgemein zugängliche digitale Gemeingüter stärker priorisieren.

**OFFENE STANDARDS UND INTERNATIONALE  
KARTELLREGELN**

Grosse internationale Digitalkonzerne können heute aufgrund ihrer Marktmacht ganze Bereiche der Digitalwirtschaft kontrollieren, eigene Standards durchsetzen und damit ihre privilegierte Stellung sichern. Mittelfristig sollten diese privaten Standards durch offene und international vereinbarte Standards ersetzt werden, damit alle Unternehmen und Menschen einen fairen und offenen Zugang zum Markt und zu digitalen Diensten haben. In der Aussenwirtschaft sollte sich die Schweiz darum verstärkt für öffentliche Standards sowie für internationale Kartellregeln einsetzen, die eine zu grosse Marktmacht von Digitalkonzernen verhindern und De-facto-Monopole entflechten. Betriebssysteme, E-Commerce-Plattformen, Kommunikationsnetzwerke und andere digitale Infrastrukturen müssen so reguliert werden, dass kleinere Unternehmen und Konsument\*innen nicht durch unfaire Preisgestaltung, parteiische Algorithmen, Missbrauch dominanter Marktpositionen oder andere unfaire Handelspraktiken benachteiligt werden.

**DIGITALKONZERNE GERECHT BESTEUERN**

Internationale Digitalkonzerne sollten ihren fairen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben leisten. Doch die virtuelle und damit standortunabhängige Form ihrer Dienste erleichtert es ihnen heute, Unternehmenssitze und Steuersubstrat in Länder mit niedrigeren Steuern und laxerer Aufsicht zu verlagern. Die Schweiz sollte sich international für faire Steuerregeln für die Digitalwirtschaft einsetzen, damit insgesamt ein höherer Anteil der Wertschöpfungsgewinne in den öffentlichen Haushalten landet und gerechter zwischen den Ländern verteilt wird. Auch das Schweizer Steuersystem muss in diesem Sinne reformiert werden («Mit gerechter Besteuerung Ungleichheit verringern» auf Seite 21).

**UMWELTSCHUTZ UND ARBEITSRECHTE IN DER  
DIGITALWIRTSCHAFT STÄRKEN**

Auch digitale Dienste haben eine materielle Seite. Rechenzentren und andere Hardware, ihre Energieversorgung und ihre Emissionen haben einen beträchtlichen ökologischen Fussabdruck. Und die Digitalwirtschaft birgt nicht nur viele Chancen für die Beschäftigten, sondern auch die Gefahr einer verstärkten Überwachung, Ausbeutung und Prekarisierung von Arbeit oder gar deren Verlust. In der digitalen Aussenwirtschaftspolitik sollte sich die Schweiz daher für hohe ökologische und soziale Mindeststandards einsetzen und in internationalen Abkommen sicherstellen, dass Regulierungen digitaler Dienste für ökologische, soziale und andere Gemeinwohlziele juristisch verbindlich gemacht werden oder zumindest praktisch möglich sind.



## Auszug aus dem Report

## 8 Klima



**DAS ZIEL** Die Aussenwirtschaftspolitik ist kompatibel mit den Pariser Klimazielen, zu denen sich die Schweiz verpflichtet hat. Weiter befördert sie die globale wirtschaftliche Transformation hin zu einer konsequent klimaneutralen und umweltschonenden Wirtschaftsweise und trägt, im Sinne der Klimagerechtigkeit, angemessen zur globalen Klimaschutzfinanzierung bei.

**DIE AUSGANGSLAGE**

Die Klimakrise ist eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit. Das Zeitfenster, um eine Klimaerhitzung mit globalen katastrophalen Auswirkungen zu verhindern, schliesst sich rasch. Um es noch zu nutzen, sind schnelle, tiefgreifende Absenkungen der Treibhausgasemissionen (THGE) in allen Sektoren noch in diesem Jahrzehnt nötig.<sup>114</sup>

Die Schweiz steht in der Pflicht: Ihre besondere Verantwortung ergibt sich einerseits aus ihrem Status als früh industrialisierte, konsumintensive Gesellschaft mit entsprechend stark überproportionalen historischen und aktuellen THGE, andererseits aus der starken Konzentration von ökonomischer Macht bei in der Schweiz beheimateten transnationalen Unternehmen und Investor\*innen, die ihrerseits in der Verantwortung stehen, ihre Wertschöpfungsketten und Unternehmen konsequent klimaschonend auszurichten.

Unser Land ist weit entfernt, seinen Anteil an der Bewältigung der Krise zu leisten. Weder wird die Transformation der Wirtschaft hin zu einer kohlenstoffarmen und stärker kreislauf-förmigen Wirtschaft konsequent und rasch genug vorangetrie-

ben, noch stellt die Schweiz eine angemessene Geldsumme für internationale Klimaschutzmassnahmen und die Bewältigung der Klimafolgen zur Verfügung. Hochproblematisch – insbesondere im Kontext der zunehmenden Kritik an Kompensationsprojekten rund um den Fall der Firma South Pole<sup>115</sup> – ist auch, dass die Schweiz in bilateralen Abkommen bemüht ist, ihre eigenen Emissionsreduktionsverpflichtungen ins Ausland zu verlagern.<sup>116</sup>

**DER WEG ZUM ZIEL****SUBVENTIONEN FÜR FOSSILE ENERGIEN ABSCHAFFEN**

Die Schweiz setzt sich gemäss der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundesrats bei der Weltbank, in der OECD und im Green Climate Fund der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen für die Reduktion von Subventionen in fossile Energien sowie für die Kreislaufwirtschaft ein.<sup>117</sup> Dies ist zu begrüßen. Doch angesichts der Dringlichkeit muss die Schweiz konsequent nicht nur eine Reduktion, sondern eine Abschaffung der Subventionen fordern – idealerweise gar eine Verteuerung fossiler Energie, begleitet von Massnahmen für eine sozialverträgliche Umsetzung.

**PARIS-KOMPATIBLE WIRTSCHAFTSABKOMMEN**

Die Schweiz sollte alle ihre Freihandels-, Investitions- und sonstigen aussenwirtschaftspolitischen Abkommen einer vorgängigen Nachhaltigkeitsanalyse unterziehen, die als integralen Bestandteil einen Kompatibilitäts-Check mit den Pariser Klimazielen enthält. Zudem braucht es nach ihrer Inkraftsetzung eine periodische Auswertung der Abkommen<sup>118</sup> hinsichtlich ihrer Klimawirkung («Vorgängige Nachhaltigkeitsanalysen» auf Seite 9).

Die Schweiz hat sich der Initiative von Costa Rica, Fidschi, Neuseeland, Island und Norwegen zur Verhandlung eines plurilateralen Abkommens über Klimawandel, Handel und Nachhaltigkeit angeschlossen.<sup>119</sup> Das erklärte Ziel ist zu begrüßen, doch die Verhandlungspunkte erscheinen vage und wenig ambitioniert. So bleibt unklar, was sich diese Länder unter einer Liberalisierung des Handels mit Umweltgütern und Dienstleistungen vorstellen, ferner ist lediglich von «Regelung» der Subventionen von fossilen Energien die Rede und von «Guidelines» in Bezug auf freiwillige Nachhaltigkeitslabels. Problematisch ist auch, dass die Initianten Forderungen anderer Länder nach Technologietransfer und Zugang zu Wissen und Innovationen für Klima- und Umweltschutz komplett ausklammern. Die Schweiz sollte entschieden höhere Ambitionen haben, wenn sie sich in pluri-

lateralen Klimaschutzabkommen engagiert. Um Signalwirkung zu entfalten, muss ein Abkommen auf die schnellstmögliche Abschaffung der Subventionen für fossile Energien zielen sowie auf verbindliche gesetzliche statt auf freiwillige Regulierungen in Bezug auf Nachhaltigkeit.

#### GRATISZERTIFIKATE ABSCHAFFEN

Zur Emissionsreduktion setzt die Schweiz wie die EU in erster Linie auf eine Bepreisung der Emissionen und ein Emissionshandelssystem (EHS). Es gibt jedoch wissenschaftliche Evidenz, dass dieser Ansatz in der Praxis die Emissionen bislang nicht markant senken konnte.<sup>120</sup> Die Schweiz hat ihr nationales EHS dem EHS der EU angeschlossen und sollte im Rahmen ihrer Möglichkeiten an den internationalen Bemühungen mitwirken, das System effektiver zu gestalten. Insbesondere sollten auf nationaler wie europäischer Ebene schnellstmöglich die Gratiszertifikate abgeschafft werden, welche die Bepreisung der Treibhausgasemissionen wieder aufheben und den beabsichtigten Mechanismus damit aushebeln.<sup>121</sup> Da das EHS offensichtlich nicht genügt für eine Reduktion in notwendigem Umfang und Tempo, sollte sich die Schweiz darüber hinaus um die Einsetzung effektiverer Massnahmen wie verbindlicher Absenkpfade und gesetzlicher Regulierungen bemühen.

#### FAIREN BEITRAG ZUR KLIMAFINANZIERUNG LEISTEN

Gemäss Bundesamt für Umwelt (Bafu) engagiert sich die Schweiz «stark in den internationalen Verhandlungen» zur Klimafinanzierung im Rahmen der Klimarahmenkonvention.<sup>122</sup> Die Schweiz befindet sich aber in einer schwachen Position, um die Unterstützung ärmerer, an den Ursachen kaum beteiligter und übermässig von der Klimakrise betroffener Länder voranzutreiben: Gemäss einer Studie des britischen Think-Tanks ODI und der Zurich Flood Resilience Alliance rangiert sie unter den Industrieländern,

die ihren fairen Beitrag («fair share») selbst nicht leisten.<sup>123</sup> Um glaubwürdig zu sein, muss die Schweiz zwingend zumindest ihren fairen Beitrag in die diversen internationalen Klimafonds einzahlen. Zudem sollte sie sich in den erwähnten Verhandlungen nicht nur, wie das Bafu schreibt, «für pragmatische Lösungen» einsetzen, sondern insbesondere dafür, dass alle in der Pflicht stehenden Staaten gemeinsam dafür sorgen, dass den betroffenen Ländern genügend Mittel für die Bewältigung der Folgen der Klimakrise zur Verfügung stehen. Sie sollte sich auch insgesamt für die Finanzierung der Transition hin zu einer mit dem Paris-Abkommen vereinbaren globalen Wirtschaft einsetzen.

Weiter kann die Schweiz einen Beitrag zu mehr Klimagerechtigkeit leisten, indem sie sich den Forderungen von Debt for Climate anschliesst und sich in multilateralen Organisationen und Gremien, insbesondere im IWF und in den multilateralen Entwicklungsbanken, für einen Schuldenerlass einsetzt für Länder, die sich durch «Restrukturierungsprogramme» oder die Zinsforderungen gezwungen sehen, fossile Brennstoffe als klimaschädlichen Technologien wie Fracking zu fördern.<sup>124</sup>

#### GRENZAUSGLEICHSMCHANISMUS EINFÜHREN

Die EU kennt den Grenzausgleichsmechanismus CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism), der verhindern soll, dass Treibhausgasemissionen in Nicht-EU-Länder verlagert werden, und zudem in diesen Ländern Anreize schafft, Emissionen zu verringern. Trotz Schwächen in der Ausgestaltung ist der CBAM ein wichtiger Schritt hin zu einer THGE-Reduktion in CO<sub>2</sub>-intensiven Sektoren.<sup>125</sup> Die Schweiz sollte sich dem CBAM anschliessen und für eine faire und effektive Ausgestaltung desselben sorgen.<sup>126</sup>

#### KLIMAINNOVATIONEN ALS GEMEINSCHAFTSGÜTER

Die Verhandlungen für Klimaschutzabkommen müssen öffentlich, partizipativ und unter Einbezug möglichst vieler Länder geführt werden. Dabei sind die Interessen einkommensschwächerer Länder dringend stärker zu berücksichtigen; dazu gehören Technologietransfer, Unterstützung zur Förderung einheimischer Produktion von Umweltgütern wie sauberer Luft, gesunden Wäldern, Biodiversität oder einer intakten Naturlandschaft und ein weniger rigider Schutz der Rechte auf geistiges Eigentum. Einkommensschwächere Länder dürfen nicht die Rolle von Rohstofflieferanten für die Energiewende in einkommensstärkeren Ländern zugewiesen bekommen, sondern müssen auch die Möglichkeit erhalten und dabei unterstützt werden, die Energiewende selbst zu realisieren. Innovationen im Klimaschutz sollten dazu als globale Gemeinschaftsgüter allen zugänglich sein.<sup>127</sup> Die Transformation hin zu einer klimaneutralen, kreislaufförmigen Wirtschaft darf kein Konkurrenzkampf sein, bei dem technologische Vorsprünge gegenüber Wettbewerbern verteidigt werden; sie muss als globale Herausforderung gemeinsam angegangen werden.

#### AUS DEM ENERGIE-CHARTA-VERTRAG AUSSTEIGEN

Die Schweiz sollte einen schnellstmöglichen Austritt aus dem plurilateralen Abkommen ECT anstreben, das sie dazu verpflichtet, auch Investitionen in fossile Energie zu schützen («Den Energie-Charta-Vertrag kündigen» auf Seite 19).





## Wie Gunvor in Ecuador ein Jahrzehnt der Korruption in Gang setzte

Am 1. März wurde der Genfer Rohstoffhändler in der Schweiz und den USA für schuldig befunden, ecuadorianische Beamte bestochen zu haben, um zwischen 2013 und 2020 Erdöl unter Marktwert zu erwerben. Nicht belangt wurden gemäss unseren Informationen jedoch die Köpfe hinter diesen Bestechungen: Offenbar hatte ein sehr hoher Kader von Gunvor bei der staatlichen Petroecuador interveniert, um den Abschluss der Erdölverträge zu ermöglichen. Das zeigen bisher unveröffentlichte Dokumente, die Public Eye vorliegen.

**ADRIÀ BUDRY CARBÓ UND AGATHE DUPARC**

Der Ton ist ungezwungen und direkt. «Hallo, mein Bruder, wie gehts?» Pablo Celi kennt José Augusto Briones, den er liebevoll Pepin nennt, seit Jahren. Die beiden Freunde, beide hochrangige Beamte in Ecuador, tauschen sich regelmässig über WhatsApp zu sensiblen Themen aus. Meistens geht es um Petroecuador, die staatliche Ölgesellschaft, deren Interessen sie im Dienste der Nation verteidigen sollen. Am 7. April 2021 dreht sich das Gespräch jedoch um die Verteilung illegaler Provisionen: «Wer bei Petro[ecuador] hatte deiner Meinung nach mit der Verteilung der Gelder von Gunbor [sic] zu tun, als du Minister warst?» Es folgt eine Offlineunterhaltung, von deren Inhalt wir nichts erfahren werden.

Pablo Celi schreibt den Namen des Genfer Rohstoffhändlers Gunvor falsch, wie es die meisten spanischsprachigen Menschen tun würden, da der Unterschied zwischen den Buchstaben V und B nicht immer trennscharf ist. Für den ehemaligen Wirtschaftsprüfer von Petroecuador sind andere Dinge relevant. Zusammen mit José Augusto Briones – einem hohen Staatsbeamten, der bis März 2020 Energieminister des südamerikanischen Landes war – war er ein wichtiges Rädchen im Getriebe der Korruption in Ecuador. Sie wissen es zum Zeitpunkt ihrer Unterhaltung noch nicht, aber die Zukunft wird für sie unangenehme Überraschungen bereithalten.



Der Wirtschaftsprüfer von Petroecuador, Pablo Celi (in Grün) und der ehemalige Energieminister José Augusto Briones alias Pepin (in Weiss) diskutieren auf WhatsApp ganz offen über versteckte Provisionen, die «Gunbor» (sic) an Beamte von Petroecuador gezahlt hat. Die Darstellung ist eine Reproduktion des originalen WhatsApp-Verlaufs.

Eine Woche später wird José Augusto Briones in Untersuchungshaft genommen. Am 23. Mai 2021 wird er tot in seiner Zelle aufgefunden. Offizielle Todesursache: Selbstmord. Pablo Celi wird ebenfalls verhaftet und im Februar 2023 im Las-Torres-Skandal zu 13 Jahren Haft verurteilt. Dieser aufsehenerregende Fall von Geldwäscherei hatte zwar nichts mit Gunvor zu tun, brachte aber unter anderem den Nachrichtenaustausch ans Licht, von dem Public Eye eine Kopie erhalten hat. Er bietet somit einen interessanten Einblick in die Korruption, die in den ecuadorianischen Institutionen allgegenwärtig ist.

Ab 2021 sollte es jedoch noch drei Jahre dauern, bis die illegalen Machenschaften von Gunvor, die innerhalb der ecuadorianischen Elite anscheinend ein offenes Geheimnis waren, ans Tageslicht kamen. Der Schweizer Rohstoffhändler wurde von der US-amerikanischen und der Schweizer Justiz in die Ecke getrieben und musste schliesslich ein Geständnis ablegen: Er gab zu, von Januar 2013 bis Januar 2020 nicht weniger als 91,8 Millionen US-Dollar an Zwischenhändler gezahlt zu haben, um Rohöl unter dem Marktpreis zu erhalten – im Wissen, dass ein Teil dieser Gelder für die Bestechung von Petroecuador-Angestellten eingesetzt wurde. Die Zahlungen dieser Schmiergelder wurden zum Teil über den Schwei-

zer Finanzplatz abgewickelt. Das US-Justizministerium gab am 1. März 2024 bekannt, dass es gegen den Genfer Ölhändler eine Geldstrafe in Höhe von 661 Millionen US-Dollar verhängt hat. Die hiesige Bundesanwaltschaft befand das Unternehmen aufgrund von Organisationsmängeln gemäss Art. 102 des Strafgesetzbuchs für schuldig. Es ist der einzige Artikel im Strafgesetz, der es erlaubt, ein Unternehmen anstelle einer natürlichen Person zu verurteilen. Die Strafverfolgungsbehörden konnten Schmiergeldzahlungen von 7,5 Millionen US-Dollar zurückverfolgen. Die Bundesanwaltschaft hat Gunvor eine Busse von 4,3 Millionen Franken sowie die Zahlung einer Ersatzforderung von 82,3 Millionen Franken auferlegt; sie begnügt sich somit mit einem Teil des Gewinns von 384 Millionen US-Dollar, den Gunvor mit den durch Korruption erzielten Verträgen erzielt hat.

Für Gunvor ist dies ein flagranter Rückfall. Denn zum Zeitpunkt der Schmiergeldzahlungen ermittelte die Schweizer Justiz bereits wegen Zahlung von Bestechungsgeldern in der Republik Kongo und der Elfenbeinküste im Zusammenhang mit Ölgeschäften (was im Oktober 2019 zu einer Verurteilung führte). Gleichzeitig war der Rohstoffhändler also mit sehr ähnlichen Praktiken in Ecuador beschäftigt. Wir zeigen, wie die Bestechung funktioniert.

### Schritt 1: Ein Land in Bedrängnis anvisieren

Gunvor wird im Jahr 2000 gegründet und gilt anfangs als ein vom Kreml beeinflusstes Unternehmen, das hauptsächlich russisches Öl kauft. Der Oligarch Gennadi Timtschenko, ein enger Vertrauter von Wladimir Putin, ist einer der beiden Gründer. Auf der Suche nach Diversifizierung wendet sich der Händler nach und nach anderen Kontinenten zu, darunter Lateinamerika, wo mit der Wahl politisch linksgerichteter Staatsoberhäupter ein neuer Wind weht. In Ecuador übernimmt Rafael Correa im Januar 2007 das Amt des Staatspräsidenten. Der junge Wirtschaftswissenschaftler verspricht, mit dem US-Imperialismus und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen durch dessen multinationale Konzerne aufzuräumen.

Gunvor hat wenig Spielraum bei seinen Geschäften. Das Unternehmen verkörpert genau die Sorte von Zwischenhändlern, die Correa loswerden will. Darüber hinaus müssen private Unternehmen, um Ölverträge zu erhalten, ein von Petroecuador organisiertes Ausschreibungsverfahren durchlaufen. Diese Wettbewerbe stehen allen Handelshäusern offen und sollen den bestmöglichen Preis für das im ecuadorianischen Amazonasregenwald geförderte Öl garantieren. Gunvor findet jedoch schnell ein Schlupfloch, wie Public Eye in einer im Juni 2021 veröffentlichten Recherche aufgezeigt hat.

Ecuador, dem es damals an Kapital fehlt und das unter Beobachtung der grossen internationalen Gläubiger steht, nähert sich China an, um Zugang zu Geld

zu erhalten. Am 27. Januar 2009 wird ein erster Vorfinanzierungsvertrag mit der staatlichen Ölgesellschaft PetroChina unterzeichnet. Darin verpflichtet sich diese, Petroecuador für die Lieferung von Rohöl in den darauffolgenden 24 Monaten 1 Milliarde US-Dollar vorzuschüssen. Zinssatz: 7,25 % – ein Satz, der weit über dem liegt, was der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank anbieten, jedoch den Vorteil hat, dass er nicht an Strukturreformen geknüpft ist.

Zu dieser Art von Abkommen, die im Rahmen einer «strategischen Allianz» zwischen befreundeten Ländern geschlossen werden, kommt es unter den Regierungen von Rafael Correa und seinem Nachfolger Lenín Moreno noch 16 Mal, teils mit den chinesischen Staatsunternehmen PetroChina und Unipetec und teils mit ihrem thailändischen Pendant PTT International Trading (mit Sitz in Singapur). Zwischen 2009 und 2016 erhält Ecuador Kredite in der astronomischen Höhe von 18,47 Milliarden US-Dollar und verpflichtet sich, bis 2024 unglaubliche 1325 Millionen Barrel Rohöl an diese asiatischen Unternehmen zu liefern. In Wirklichkeit ist diese Beziehung zwischen blockfreien Staaten jedoch eine

Dreiecksbeziehung. Hinter den Kulissen steuern Gunvor, aber auch andere (Schweizer) Händler wie Vitol und Trafigura die Geschäfte, indem sie sich diese Öllieferungen zu «Freundschaftspreisen» unter den Nagel reissen und manchmal sogar selbst die Vorfinanzierungen für Ecuador bereitstellen.

### Schritt 2: Auf die richtigen Leute setzen

Um den ecuadorianischen Markt zu erschliessen, sichert sich Gunvor zunächst die Expertise eines Experten mit einem gut gefüllten Adressbuch: Raymond K., ein kanadischer Veteran, der in ganz Lateinamerika vernetzt zu sein scheint. Er ist seit Jahren in Ecuador tätig und ist unter anderem verantwortlich für das OCP-Konsortium, das eine Pipeline im Auftrag der grossen Ölproduzenten betreibt, oder für die Occidental Petroleum Corporation aus den USA, welcher der frühere Staatspräsident Rafael Correa die Konzession entzogen hat.

Raymond K. bewegt sich in Ecuador wie ein Fisch im Wasser und kommt 2009 offiziell zu Gunvor. Dort bleibt er bis April 2018 und ist dann bis August 2020 noch als Berater tätig. In seinem Adressbuch stehen die Namen Antonio und Enrique Peré, zwei ecuadorianisch-spanische Brüder, die sich auf «Consulting» in Sachen Erdöl spezialisiert haben und in Miami auf grossem Fuss leben. Über diese beiden Mittelsmänner, die ab 2012 Verträge mit Gunvor abschliessen, nimmt die Zahlung von Schmiergeldern an ecuadorianische Beamte industrielle Dimensionen an.

### Schritt 3: Staatliche Scheinfirmen nutzen

Die Kreativität von Gunvor zeigt sich jedoch vor allem bei der Umgehung von Vergabeverfahren. Um die Barrels unter dem Marktpreis zu erhalten, geht das Handelshaus eine Allianz mit den Verkaufsfilialen staatlicher asiatischer Ölgesellschaften ein. Sie unterzeichnen mit Petroecuador erste Verträge und treten danach mit neuen Verträgen dieselbe Ware zu ähnlichen Bedingungen (gleiche Mengen und gleicher Preis) wieder an Gunvor ab. Sie überlassen es auch Gunvor, den Transport zu organisieren. Im Fachjargon werden solche Abmachungen als Back-to-Back-Verträge bezeichnet. Anstatt das Rohöl zur Raffinierung nach Asien zu transportieren, wird es von Gunvor zu Häfen in den USA oder in Peru verschifft.

Public Eye konnte sich Kopien der Bills of Lading für die Lieferungen von ecuadorianischem Öl nach Peru zwischen 2011 und 2020 beschaffen; die Reedereien stellen solche Dokumente zuhanden der Auftraggeber aus



© Johis Alarcón/Peños

← Im Amazonas liegen die Pipelines von Petroecuador (die früher Petroamazonas hiess) zum Teil offen im Wald und sind eine Gefahr für Mensch und Umwelt.

und geben darin die Art, die Menge und den Bestimmungsort der Waren an. In diesem Zeitraum übernimmt Gunvor mindestens 74 Ladungen der chinesischen Unipac oder später von PTT International Trading. Die Genfer Filiale der Bank ING Belgium finanziert in fast der Hälfte der Fälle die Ladungen. Auf Anfrage antwortet ING, «keine Kommentare zu bestimmten Situationen oder potenziellen Kunden» abgeben zu können.

Die in den 2000er-Jahren in Singapur registrierte PTT International Trading sollte man sich näher anschauen. Offiziell ist sie eine Tochtergesellschaft der staatlichen thailändischen Ölgesellschaft PTT. Inoffiziell hat sie schlicht die Rolle eines Zwischenhändlers. Die US-Justiz bestätigt, dass PTT International Trading im Rahmen des Schuldanererkennungsabkommens mit Gunvor als «front company» identifiziert wurde – eine Scheinfirma, die von Gunvor benutzt wurde, um das übliche Vergabeverfahren zu umgehen und die Zahlung von Schmiergeldern zu ermöglichen. «Dies ist eine ziemlich gängige Praxis», sagt ein Insider. «Es kommt oft vor, dass ein privater Händler eine solche Firma benötigt, um einen Deal in Ländern abzuschliessen, die Verträge mit staatlichen Strukturen bevorzugen. Oder um Ausschreibungen zu umgehen.»

Nach unseren Informationen unterhielt diese unauffällige Firma ausgezeichnete Beziehungen zu einem hochrangigen Kader bei Gunvor. Public Eye ist im Besitz eines offiziellen Schreibens von Gunvor an Petroecuador vom 2. Februar 2015, das von Stéphane D., dem damaligen Rohölmanager für den asiatisch-pazifischen Raum, unterzeichnet ist. Der Manager, der heute einer der höchsten Positionen bei Gunvor in Genf bekleidet, empfiehlt PTT International Trading als seriöses Unternehmen. In dem Dokument mit dem Titel «Trade Reference» heisst es: «Das Unternehmen hat sich in seiner Beziehung zu uns als zuverlässig erwiesen und hat sich in dieser Zeit einen guten Ruf im Kauf und Verkauf von Rohöl erarbeitet. Gunvor ist seit sechs Jahren mit dem Alltagsgeschäft des Unternehmens vertraut.»

Stéphane D. wurde 2007 von Gunvor angestellt. Eine Quelle fügt hinzu, dass der Manager, der früher für den Erdölhändler Addax in Genf arbeitete, zusammen mit einem seiner Mitarbeiter bereits gute Beziehungen zu diesem Unternehmen aufgebaut hatte. Das Tandem soll diesen wertvollen Kontakt mitgebracht haben.

Unter der Schirmherrschaft von Gunvor wurde PTT International Trading schliesslich in den Käuferpool von Petroecuador aufgenommen. Ende Juni 2015 unterzeichnete die Firma einen ersten Vertrag mit der ecuadorianischen Ölgesellschaft und am 1. Dezember 2016 einen zweiten, der Public Eye in Kopie vorliegt. Die relativ kleine Firma aus Singapur erhielt das Recht, von 2017 bis 2021 mehr als 122 Millionen Barrel Rohöl zu heben, was 341 Frachtern entspricht. Letztendlich wird Gunvor das gesamte Öl erhalten und vermarkten, indem der Kon-

zern die Ware dank einem Back-to-Back-Vertrag, der gleichentags unterzeichnet worden war, zurückerhalten wird.

#### **Schritt 4: Eine Runde spendieren**

Vertraglich müssen diese Millionen Barrel geliefert werden, um einen Kredit in Höhe von 600 Millionen US-Dollar, der Petroecuador gewährt wurde, über fünf Jahre zurückzuzahlen. Wer ist der grosszügige Geldgeber? In dem Strafbefehl der Bundesanwaltschaft, den wir eingesehen haben, wird der Händler Gunvor genannt, der wahrscheinlich seine Banken mobilisiert hat, um eine solche Summe vorzuschliessen. Die Ermittlungen in den USA ergaben, dass Gunvor zwischen 2009 und 2020 hinter den Kulissen dafür sorgte, dass Petroecuador Vorfinanzierungen in Höhe von 5,4 Milliarden US-Dollar im Austausch für Millionen von Barrel erhielt.

---

**Der ecuadorianische Beamte hatte für vertrauliche Informationen ein grosses Dankeschön erhalten und zwischen Februar 2013 und Februar 2017 insgesamt 7,4 Millionen US-Dollar kassiert.**

---

Der Strafbefehl gegen Gunvor besagt, dass Nilsen Arias, Leiter des internationalen Handels bei Petroecuador, der kürzlich in einem aufsehenerregenden Prozess in New York aussagte, direkt an den Verhandlungen und der Vergabe der zwei Verträge zwischen Petroecuador und PTT International Trading beteiligt war. Ebenso bei drei anderen Verträgen mit Unipac, die Gunvor ebenfalls sämtliche Barrels einbrachten. Laut der Schweizer Justiz hat Arias während der Verhandlungsphase zwischen Petroecuador und den beiden asiatischen Unternehmen vertrauliche Informationen an die Gunvor-Gruppe weitergegeben. Der ecuadorianische Beamte hatte dafür ein grosses Dankeschön erhalten und zwischen Februar 2013 und Februar 2017 insgesamt 7,4 Millionen US-Dollar kassiert.

Die Peré-Brüder waren für die Verteilung der Bestechungsgelder verantwortlich und fungierten als Transmissionsriemen zwischen Raymond K. und allen Beamten, die sich dem ecuadorianischen Öl in den Weg stellten. Ihre zwei Offshorefirmen Energy Intelligence & Consulting und Oil Intelligence unterzeichneten mehrere «Service Agreements» mit der Filiale der Gunvor-Gruppe in Singapur. Von Januar 2013 bis Januar 2020 erhielten die zwei auf den Britischen Jungferninseln registrierten Offshorefirmen die bereits erwähnten 91,8 Millionen US-Dollar für ihre Dienste, die darin bestanden, den Abschluss von Ölverträgen zu erleichtern und einen Teil dieses Geldes zur Bestechung ecuadorianischer Beamter zu verwenden.

Die Brüder verfügten unter anderem über ein Konto bei der UBS in Zürich, das auf den Namen der Energy Intelligence & Consulting lautete. Von Januar 2013 bis August 2014 wurden von Gunvor Singapur in 23 Überweisungen fast 11 Millionen US-Dollar auf dieses Konto eingezahlt. Davon wurden 1,7 Millionen in zehn Raten auf das Konto einer mit Nilsen Arias verbundenen Firma auf Curaçao überwiesen. Der hochrangige Angestellte von Petroecuador erhielt auf sein Konto 562 000 US-Dollar in sieben Raten von der UBS Zürich, die über eine panamaische Firma der Brüder Peré weitergeleitet wurden. Arias' Frau wurde mit fast 230 000 US-Dollar belohnt, die ebenfalls in Panama direkt aus der Schweiz überwiesen wurden. Diese Bestechungsgelder wurden zwischen Februar 2013 und Oktober 2014 bezahlt.

Auf eine Liste von Fragen zu ihren Compliance-Verfahren antwortete die UBS Public Eye nicht.

In seinem Notizbuch notierte Antonio Peré gewissenhaft alle Schmiergeldzahlungen. Von Banküberweisungen über Panama bis hin zu Bargeldlieferungen in grossen Hotels vor Ort und einer Uhr von Patek Philippe im Wert von 70 000 US-Dollar, die Nilsen Arias im Namen eines Gunvor-Mitarbeiters offeriert wurde. Dieses Büchlein wurde von der Justiz beschlagnahmt und ermöglicht einen umfassenden Blick auf die Korruption in Ecuador. Bei seiner Anhörung vor der US-Justiz wurde Antonio Peré gefragt, ob er jemals einem Kunden geholfen habe, einen Vertrag mit der Regierung ohne Bestechung zu erhalten: «Ich bin mir nicht sicher», antwortete er. «Ich kann mich an keinen solchen Fall erinnern.» Nilsen Arias, den Antonio liebevoll «Mi gordo» (mein Dicker) nennt, gibt an, dass er 13,5 Millionen US-Dollar von Gunvor und dessen Konkurrenten Vitol oder Trafigura erhalten habe. Diese sollen in Ecuador die gleichen korrupten Netzwerke und Muster verwendet haben.

---

Von Auftragskillern ermordet: Fernando Villavicencio, Journalist und ehemaliger Gewerkschafter bei Petroecuador.



### Schritt 5: Journalist\*innen nicht trauen

Die Staatsanwälte des US-Justizministeriums hatten seit 2012 gegen Gunvor und seine Netzwerke ermittelt. Der Investigativjournalist Fernando Villavicencio, ein ehemaliger Gewerkschafter bei Petroecuador, hatte sie alarmiert. Aber erst Jahre später, im Februar 2018, gelang es ihnen durch die Vermittlung der Peré-Brüder, die bereits mit der US-Justiz zusammenarbeiteten, Raymond K. in die Falle zu locken. Der Gunvor-Mittelsmann, der vom FBI in einem schicken Restaurant in Miami abgehört wurde, liess sich zu einigen Indiskretionen über ecuadorianische Bestechungsgelder hinreissen. Zwei Jahre später legte er ein Geständnis ab.

Public Eye hat Gunvor eine Liste von 33 Fragen vorgelegt. Der Konzern hat diese nicht beantwortet, da die Frist zu kurz sei, und auf die entsprechenden Medienmitteilungen verwiesen. Gunvor pflege eine uneingeschränkte Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden; die eigene Compliance-Abteilung habe grosse Fortschritte gemacht. Gunvor erinnert daran, dass der Konzern seit 2020 nicht mehr mit externen Mittelsleuten zusammenarbeite, und schreibt, dass keine der von der US-Justiz erwähnten Personen derzeit für Gunvor tätig sei. Zum Empfehlungsschreiben eines Kadermitarbeitenden heisst es: «Das Justizministerium hat nie erklärt, dass Herr X [i. e. Stéphane D.] ein Ziel seiner Ermittlungen ist oder gewesen ist. Die Behauptung oder Andeutung des Gegenteils wäre falsch und würde erneut strafrechtlich verfolgt werden.»

Für Ecuador hatten die Verträge von Gunvor katastrophale Folgen. Die Schulden des Landes sind seit dem Amtsantritt von Rafael Correa weiter gestiegen, während im Amazonasregenwald immer tiefer nach Rohöl gebohrt wird. Zwischen 2009 und 2016 musste Ecuador für die Rückerstattung seiner Kredite in Höhe von 18,47 Milliarden US-Dollar bluten. «Das vereinbarte Volumen zeigt, dass fünfmal mehr Öl eingesetzt wurde, als zur Deckung der Schulden wirklich erforderlich war», heisst es in einem Bericht der Prüfungskommission des ecuadorianischen Kongresses unter der Leitung von Fernando Villavicencio. Geschätzter Fehlbetrag zu Marktpreisen: fast 5 Milliarden US-Dollar.

Der Journalist ging schliesslich in die Politik, war zwischen 2021 und 2023 Senator und kandidierte danach für das Amt des ecuadorianischen Präsidenten. Während einer politischen Kundgebung wurde Fernando Villavicencio am 9. August 2023 auf offener Strasse von Auftragskillern ermordet, was ein ganzes Land in einen Schockzustand versetzte. Der Zugang zu seinem Mobiltelefon war Gegenstand eines intensiven Machtkampfes in Ecuador, wo er vielen ein Dorn im Auge gewesen war. Mehr oder weniger freundlich gesinnte Personen kämpften um seine Geheimnisse, und eine Kopie der Daten wurde schliesslich an das US-amerikanische FBI weitergeleitet. Dies könnte ein Auslöser für weitere Fälle sein, die ähnlich gelagert sind wie «Gunvor». ■

# Keine Verleumdung: Berner Gericht wischt die Vorwürfe der Kolmar Group AG vom Tisch

© Francesco Bellina



Das Regionalgericht Bern-Mittelland hat die Autorinnen und den Autor eines Berichts über den Handel mit geschmuggeltem Diesel aus Libyen, der von Public Eye und Trial International veröffentlicht wurde, vom Vorwurf der «üblen Nachrede oder gar Verleumdung» freigesprochen. Die Zuger Kolmar Group AG hatte 2020 eine entsprechende Strafanzeige eingereicht. Im Urteil vom Februar dieses Jahres betont das Berner Gericht die solide journalistische Arbeit sowie das von den beiden NGOs verfolgte öffentliche Interesse. Ein wichtiges Signal für die Pressefreiheit in einem Kontext, in dem der Druck stetig zunimmt.

**GÉRALDINE VIRET**

21. Februar 2024, in einem Gerichtssaal des Regionalgerichts Bern-Mittelland. Auf der Bank der NGOs ist die Anspannung nach einem mehrjährigen, sehr zeit-, energie- und ressourcenintensiven Strafverfahren wegen angeblicher Verletzung der Persönlichkeitsrechte spürbar. Die Einzelrichterin des Gerichts, die von Spannung im Stil von Hitchcock offensichtlich wenig hält, beginnt mit dem Wichtigsten: Alle drei Personen, die wegen «übler Nachrede oder gar Verleumdung» angeklagt waren, werden freigesprochen. Dieses lang ersehnte Wort klingt wie eine Befreiung. Dann werden die Augen ein wenig feucht, man lächelt sich zu. Und schon tippen einige Finger hektisch drauflos, um den wartenden Kolleg\*innen im Büro oder zu Hause als Erste die gute Nachricht zu überbringen.

In ihrer mündlichen Urteilsverkündung betont die Gerichtspräsidentin die Solidität und Glaubwürdigkeit der Rechercharbeit der drei Autor\*innen des Berichts «Schmuggel von libyschem Diesel: Ein Schweizer Händler navigiert in trüben Gewässern», den Public Eye und Trial International im März 2020 veröffentlicht haben. Sie ist der Ansicht, dass die Beschuldigten – zwei Mitarbeiterinnen von NGOs und ein unabhängiger Journalist – ihren professionellen Pflichten voll und ganz nachgekommen sind, indem sie sich auf zahlreiche Quellen und offizielle

Dokumente gestützt haben. Diese seien nicht einfach übernommen, sondern kritisch hinterfragt worden. «Viele der Belege stammen aus offiziellen Quellen und sind daher besonders glaubhaft», befand die Richterin, so ein Tamedia-Journalist, der bei den Anhörungen anwesend war.

Es könne ihnen zudem nicht vorgeworfen werden, dass sie die Kolmar Group AG vor der Veröffentlichung des Berichts nicht konfrontiert hätten, da sie wiederholt Fragen und Aufforderungen zu einer Stellungnahme an den Konzern gerichtet hatten. Doch eine Antwort blieb aus. Die Richterin betont weiter, dass diese Recherche im öffentlichen Interesse liegt, das von Public Eye und Trial International verfolgt wird.

## **Investigative Recherchen sind keine Straftat**

Dieses Urteil des Berner Gerichts ist von grösster Bedeutung. Es bestätigt, dass investigative Recherchen und die Enthüllung von Fakten im öffentlichen Interesse keine Straftat, sondern ein Grundpfeiler unserer Demokratie sind. Das Team von Public Eye ist weiterhin entschlossen, dieses Prinzip der Medienfreiheit ungeachtet aller Hindernisse zu verteidigen. Denn weitere Hürden zeichnen sich bereits am Horizont ab: Die Kolmar Group AG hat umgehend angekündigt, gegen das Urteil Berufung

einzulegen. Die Medienmitteilung dazu hatte die PR-Agentur Hirzel.Neef.Schmid.Konsulenten verfasst; die Zürcher sind alte Hasen in der strategischen Kommunikation, ihr Slogan «Ihre Reputation ist unsere Mission» spricht für sich. In der Medienmitteilung steht: «Kolmar ist seinen ESG-Kriterien [Umwelt, Soziales und Unternehmensführung] treu geblieben und schätzt die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und Journalisten für das Funktionieren der Demokratie sehr. Allerdings muss diese Arbeit innerhalb des gesetzlichen Rahmens stattfinden, was nach Einschätzung von Kolmar hier nicht der Fall gewesen ist.»

### Breite Unterstützung für die Meinungsfreiheit

Das juristische Tauziehen wird sich auch in Zug fortsetzen, wo der Rohstoffhändler ansässig ist. Im September 2023 hat die Kolmar Group AG beim Zuger Kantonsgericht nämlich eine Zivilklage wegen angeblicher Persönlichkeitsverletzung gegen Public Eye und Trial International sowie gegen die beiden Autorinnen und den Autor des Berichts eingereicht. Der Konzern fordert darin die beispiellose Summe von 1,8 Millionen US-Dollar Schadenersatz.

In diesen Auseinandersetzungen können wir auf die wertvolle Unterstützung anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Schweiz und auf internationaler Ebene zählen. In einer gemeinsamen Erklärung forderten Amnesty International und etwa 20 andere NGOs die Kolmar Group AG auf, «die Meinungsfreiheit ihrer Kritiker\*innen nicht länger zu behindern», insbesondere durch den Verzicht auf eine Berufung gegen den Freispruch sowie auf das Zivilverfahren in Zug. Wir erhielten auch zahlreiche ermutigende Nachrichten und Spenden von unseren Mitgliedern, die mehr denn je die treuen Hüter\*innen unserer Unabhängigkeit sind. Einige Beispiele dafür finden Sie auf dieser Seite. ■

### So reagierten einige unserer Mitglieder auf das Urteil im Fall Kolmar:

Danke für Ihren unermüdlichen Einsatz gegen diese Machenschaften. Man müsste von diesen Konzernen unbedingt happige Umtriebsprämien einfordern; das könnte einträglich werden.

Das sind ja wunderbare Nachrichten! Und es ist ein hoffnungsvolles Zeichen, dass die Justiz nicht Goliath stützt, sondern dem Recht recht gibt.

Ich wünsche Ihnen und der ganzen Equipe von Public Eye alles Gute, viel Mut und den Ehrgeiz, weitere Skandale aufzudecken und die Sündigen an den Pranger zu stellen.

Ich gratuliere euch zu diesem Etappensieg und bin froh, dass ich euch mit meiner Mitgliedschaft bei eurer enorm wichtigen Arbeit unterstützen kann!

## Ein sehr brisanter Bericht

Der Bericht «Schmuggel von libyschem Diesel: Ein Schweizer Händler navigiert in trüben Gewässern» ist das Ergebnis von über einjährigen Recherchen und dokumentiert die Beteiligung der Kolmar Group AG am Handel mit libyschem Diesel zwischen 2014 und 2015, als in dem Land ein Bürgerkrieg tobte. Die drei Investigativjournalist\*innen konnten insbesondere die Route von drei Öltankern von der libyschen Küste zurückverfolgen, die 22-mal ihre Ladung in die Tanks geleitet hatten, die der Händler damals in Malta gemietet hatte. Den erhaltenen Dokumenten zufolge stammten die Ölprodukte aus einem transnationalen Schmuggelnetz für Diesel, der aus der Plünderung der staatlichen libyschen Ölraffinerien stammte.

Im Mai 2020 reichte Trial International bei der Bundesanwaltschaft eine Strafanzeige ein, kurz darauf folgte eine Meldung der MROS (Meldestelle für Geldwäscherei), in der laut Bundesanwaltschaft «ein identischer Kontext» erwähnt wurde. Im Zusammenhang mit diesen Vorfällen eröffnete diese im November 2020 eine Strafuntersuchung gegen Unbekannt wegen «Verdachts auf Kriegsverbrechen durch Plünderung» (Art. 264g Abs. 1 Bst. c Strafgesetzbuch). Diese ist noch im Gang, wie uns die Bundesanwaltschaft kürzlich bestätigt hat.



## Internationales Abkommen für Gesundheit und Sicherheit in der Textilindustrie wird fortgesetzt

**Im November 2023 erzielten Modeunternehmen und Gewerkschaften eine Einigung über ein neues internationales Abkommen, um in Fortsetzung des Bangladesch-Abkommens Fabriken nach dem tragischen Einsturz von Rana Plaza sicher zu machen. Damit dies gelingt, müssen alle Modemarken dem Abkommen beitreten.**

Das Internationale Abkommen für Gesundheit und Sicherheit, das die Erfolgsgeschichte des Bangladesch-Abkommens (international bekannt als Bangladesh Accord) fortsetzt und dessen Laufzeit nach zwei Jahren Ende Oktober endete, wurde im November 2023 von internationalen Gewerkschaftsverbänden und Vertreter\*innen der Modefirmen erneuert. Die Verlängerung erstreckt sich über sechs Jahre. Besonders wichtig dabei: Das Abkommen enthält die Möglichkeit und das angestrebte Ziel der Ausweitung auf weitere Länder, in denen Arbeitnehmende weiterhin in unsicheren Fabriken tätig sind.

### Ausweitung des Sicherheitsstandards auf andere Länder notwendig

Der Accord hat sich in Sachen Gebäudesicherheit in den letzten zehn Jahren als höchster Standard in der Branche bewährt. Seine Erweiterung ist von immenser Bedeutung, da Todesfälle und Verletzungen am Arbeitsplatz in der gesamten Branche nach wie vor allzu häufig sind. Monatlich ereignen sich Vorfälle in Fabriken in Ländern wie Pakistan, Kambodscha, Marokko oder der Türkei, wie die von Public Eye mitgetragene Clean Clothes Campaign dokumentiert: Zwischen Januar 2021 und Juli 2023 wurden mindestens 93 Fabrikbrände und Unfälle registriert, bei denen über 800 Personen verletzt wurden und 210 Arbeiter\*innen starben. Dies unterstreicht die essenzielle Notwendigkeit des Internationalen Abkommens für Gesundheit und Sicherheit sowie die Dringlichkeit einer Ausweitung auch auf andere Länder. Aktuell sind im Rahmen des Abkommens Länderprogramme für Bangladesch und Pakistan implementiert, und die Unterzeichnenden des Internationalen Abkommens verpflichten sich zur Erfüllung mindestens eines dieser Länderprogramme.

### Auch Schweizer Firmen gefordert

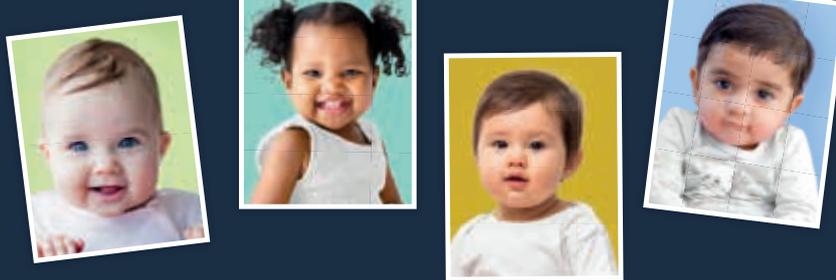
Bis Ende März 2024 haben 192 Modeunternehmen das neue Abkommen unterzeichnet, darunter die Schweizer Firmen Coop, Mammut, Migros, Tally Weijl und Triumph. Andere Schweizer Kleiderproduzenten, etwa Chicorée, Intersport, Manor und Zebra, haben diesen Schritt noch nicht gemacht. Es müssen jedoch möglichst viele Modeunternehmen mitmachen. Public Eye, die Gewerkschaften und weitere Arbeitsrechtsorganisationen im Netzwerk der Clean Clothes Campaign appellieren an alle Modefirmen, Verantwortung für die Sicherheit der Menschen zu übernehmen, die ihre Kleider produzieren, und dem neuen Abkommen jetzt beizutreten. ■

## 26 000 Unterschriften gegen Flugmode

Am 8. Februar 2024 hat Public Eye die Petition «Fast-Fashion-Flüge killen das Klima» an Óscar García Maceiras übergeben. Der Chef von Inditex, dem Mutterkonzern von Zara, erhielt insgesamt 26 192 Unterschriften. Die Petition fordert den spanischen Modekonzern dazu auf, seinen Klimaschutzversprechen Taten folgen zu lassen und den Ausstieg aus der Flugmode einzuleiten. Inditex muss auch endlich transparent über den Umfang seiner CO<sub>2</sub>-Emissionen berichten, insbesondere in Bezug auf Flugtransporte. Denn bis jetzt schweigt der Konzern darüber.

Drei Monate davor, am 8. November 2023, hatte Public Eye in einer exklusiven Recherche mit noch nie publik gemachten Daten aufgezeigt, wie der spanische Konzern mit seiner Hauptmarke Zara mit Tausenden Tonnen Flugmode die Klimakrise anheizt. Unsere Recherche wurde von zahlreichen Medien aufgegriffen, in der Schweiz und international. Zum ersten Mal wurde die klimaschädliche Flugmode damit in der breiten Öffentlichkeit ein Thema.

Der Druck auf Zara und andere Fast-Fashion-Labels, diese absurden Flugtransporte einzustellen, wird weiter steigen. Wie wir in einer zweiten Recherche aufgezeigt haben, gibt es auch bei Caledonia und Lululemon, bei Roger Federers Sponsor Uniqlo und bei anderen Modeunternehmen Hinweise auf Tausende Tonnen unnötiger Flugfracht. Wir bleiben dran! ■



# Für Nestlé sind nicht alle Babys gleich süss

Protestiere gegen die Doppelmoral des Konzerns!



## HALLO NESTLÉ

Zucker in Babynahrung ist schädlich. In Lebensmitteln für Kleinkinder unter drei Jahren verbieten die WHO-Richtlinien deshalb zugesetzten Zucker – das wisst ihr genau.

Die Recherche von Public Eye zeigt aber, dass ihr in einkommensärmeren Ländern wie Südafrika oder Indonesien eurer Baby- und Kleinkindernahrung Cerelac und Nido massiv Zucker beimischt und sie erst noch aggressiv als gesund vermarktet.

Dass es anders geht, beweist ihr ja selbst: Im Schweizer Markt verzichtet ihr auf zugesetzten Zucker bei den Kassenschlagern für Babys und Kleinkinder.

Diese Doppelmoral ist ein Skandal! Babys sind überall gleich – die Gesundheitsstandards der WHO gelten weltweit.

**Nestlé muss deshalb sofort und weltweit auf die Beigabe von Zucker und Süssungsmitteln in Produkte für Kinder unter drei Jahren verzichten!**

**Unterzeichnen Sie unseren Protest an die Adresse von Nestlé auf den Talons oder auf [publiceye.ch/nestle-babyfood](https://publiceye.ch/nestle-babyfood)!**

Wir geben keine Personendaten an Nestlé weiter, nur die Zahl der Unterzeichnenden.



Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Diererstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich  
Tel. +41 (0)44 2 777 999, [kontakt@publiceye.ch](mailto:kontakt@publiceye.ch)  
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



[publiceye.ch](https://publiceye.ch)

Globale  
Gerechtigkeit  
beginnt bei uns

**Public Eye**

[fb publiceye\\_ch](https://www.facebook.com/publiceye_ch) [@PublicEye](https://www.youtube.com/channel/UC...) [@publiceye\\_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch) [@publiceye\\_ch](https://www.linkedin.com/company/publiceye_ch) [@publiceye\\_ch](https://www.tiktok.com/@publiceye_ch)

Globale  
Gerechtigkeit  
beginnt bei uns

**Public Eye**

Public Eye  
Postfach 1317  
8021 Zürich



GAS/ECR/ICR

nicht frankieren  
ne pas affranchir  
non affrancare

50167757  
000001

**B**

**DIE POST**



Globale  
Gerechtigkeit  
beginnt bei uns

**Public Eye**

Public Eye  
Postfach 1317  
8021 Zürich



GAS/ECR/ICR

nicht frankieren  
ne pas affranchir  
non affrancare

50167757  
000001

**B**

**DIE POST**



**Ich unterzeichne den Protestbrief an Nestlé.**

Frau  Herr  Neutral

Vorname

Name

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail

Unterschrift

Frau  Herr  Neutral

Vorname

Name

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail

Unterschrift

Mehr Informationen und online unterschreiben unter [publiceye.ch/nestle-babyfood](https://publiceye.ch/nestle-babyfood)  
Bitte schicken Sie uns diese Karte bis am **30. Juni 2024** zurück. **Danke!**  
Gerne informieren wir Sie über die Ergebnisse der Kampagne.

MAG47D

**Ich unterzeichne den Protestbrief an Nestlé.**

Frau  Herr  Neutral

Vorname

Name

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail

Unterschrift

Frau  Herr  Neutral

Vorname

Name

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail

Unterschrift

Mehr Informationen und online unterschreiben unter [publiceye.ch/nestle-babyfood](https://publiceye.ch/nestle-babyfood)  
Bitte schicken Sie uns diese Karte bis am **30. Juni 2024** zurück. **Danke!**  
Gerne informieren wir Sie über die Ergebnisse der Kampagne.

MAG47D

**Zum Weitergeben**